



## Wie lernen Gesellschaften – heute?

Zur Verwirklichung politischer Einsichten oder: Abschied vom Wunschenken

Von Manfred Linz

Impulse für die politische Debatte



# 4

**Herausgeber:**

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH  
Döppersberg 19  
42103 Wuppertal  
[www.wupperinst.org](http://www.wupperinst.org)

**Autor:**

Dr. Manfred Linz  
(Freier wissenschaftlicher Mitarbeiter)

**Kontakt:**

E-Mail: [manfred.linz@wupperinst.org](mailto:manfred.linz@wupperinst.org)

**Disclaimer:**

Unter dem gemeinsamen Obertitel „Impulse zur WachstumsWende“ veröffentlicht das Wuppertal Institut Thesen und Forschungsergebnisse mit Bezug zur aktuellen Wachstumsdebatte.

Wuppertal, im Februar 2012

Manfred Linz

# Wie lernen Gesellschaften – heute?

## Zur Verwirklichung politischer Einsichten

### oder: Abschied vom Wunschdenken

#### **Zusammenfassung**

*Dieser Gesellschaft und mit ihr der Wirtschaft, dieser Wirtschaft und mit ihr der Gesellschaft stehen einschneidende Veränderungen bevor und damit ein gerütteltes Maß an gemeinsamem Lernen. Zunächst ist zu fragen, was zu lernen ist. Vier Felder werden besprochen: Die wichtigsten Interessen erkennen; die weltweiten Abhängigkeiten ernst nehmen; das Wohlergehen unabhängig vom Wirtschaftswachstum suchen; den Wertewandel auch politisch denken. Danach ist zu überlegen, was dem gesellschaftlichen Lernen im Wege steht: der Wunsch das Erreichte zu behalten; die Faszination des Güterwohlstandes; der Sog des Fortschrittsdenkens. Und schließlich ist eine Antwort zu suchen, wobei das Interesse vor allem den Lernmotiven gilt: Wie lassen sich Gewinnstreben und Nachhaltigkeit verbinden, wie die Verlustängste zum Produktiven wenden? Das stärkste Motiv aber wird die Unausweichlichkeit des Wandels sein. Die Kosten des Lebens und Wirtschaftens werden deutlich steigen, und die allermeisten Menschen in diesem Land werden einen wachsenden Anteil ihrer Einkünfte benötigen, um die Grundbedürfnisse ihres Lebens zu stillen. Die Aufgabe heißt, die notwendige Bescheidung anzunehmen als die Bedingung der Zukunftsfähigkeit. Das kann durchaus gelingen. Auf das, was sie als unumgänglich erfahren, stellen sich die allermeisten Menschen ohne größere Widerstände ein – unter zwei Voraussetzungen: Was ihnen abgefordert wird, muss einsichtig begründet sein, und es muss alle treffen je nach ihrer Leistungsfähigkeit. Die Transformation zur Nachhaltigkeit wird ein Gemeinschaftswerk sein. Es kann dann erfolgreich sein, wenn in ihm nicht nur Politik und Wirtschaft das Sagen haben, sondern wenn auch die aktiven Teile der Gesellschaft an den Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Gesichert ist von all dem nichts; aber es lohnt sich dafür zu arbeiten.*



## Inhalt

<b>1 Einführung</b>	<b>7</b>
<b>2 Was heute zu lernen ist</b>	<b>8</b>
<b>Die wichtigsten Interessen erkennen</b>	<b>8</b>
<i>Das Klima schützen</i>	8
<i>Gemeingüter haben Vorrang</i>	8
<b>Weltweite Abhängigkeiten</b>	<b>10</b>
<i>Ungleichheiten entschärfen</i>	10
<i>Ein Mindestmaß an Gerechtigkeit</i>	10
<i>Ernährung zuerst</i>	11
<b>Wirtschaftswachstum und Wohlergehen</b>	<b>11</b>
<b>Vom nahenden Ende des Wirtschaftswachstums</b>	<b>12</b>
<i>Das Geld wird fehlen</i>	13
<i>Grüne Technologien</i>	13
<i>Die Energie als Beispiel</i>	13
<i>Hoffnungsfrohe Szenarien</i>	14
<i>Richtungsunsicherheiten</i>	14
<i>Aber der Export</i>	15
<i>Leben und Wirtschaften werden teurer</i>	15
<i>Konträre Positionen</i>	17
<b>Der Wertewandel braucht die Politik</b>	<b>18</b>
<i>Ein neues Verständnis von Wohlstand ...</i>	18
<i>... und ein Bonus für die sozial Schwachen</i>	19
<b>3 Was einer lernenden Gesellschaft im Wege steht</b>	<b>19</b>
<i>Was ist soll bleiben</i>	19
<i>Das Patchwork der Lebensstile</i>	20
<i>Faszination des Güterwohlstandes</i>	20
<i>Fortschrittsdenken</i>	21
<i>Noch einmal das Wirtschaftswachstum</i>	21
<b>4 Eine Antwort</b>	<b>22</b>
<i>Einstellungswandel – ein Modell</i>	22
<i>Aussicht auf Gewinn</i>	23
<i>Angst vor Verlust</i>	23
<i>Der soziale Antrieb</i>	24
<i>Die Stärke des Unausweichlichen</i>	24
<i>Vom Hinnehmen zum Annehmen</i>	25
<i>Vom Zusammenwirken der Kräfte ...</i>	25
<i>... und von ihrem Eigenrecht</i>	26
<i>Grenzen des kulturellen Wandels</i>	26
<i>Verordnete Nachhaltigkeit</i>	27
<i>Geht das in einer Demokratie?</i>	28
<b>5 Schluss</b>	<b>28</b>
<b>Literatur</b>	<b>30</b>



## 1 Einführung

Was folgt, sind Überlegungen zu einem nie abzuschließenden Thema. Seit der Aufklärung, seit Immanuel Kants epochalem Satz „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ ist die Mündigkeit der Gesellschaft zugleich ihr Stolz und ihre Aufgabe. Wie lernt eine mündige Gesellschaft, was dem Gemeinwohl dient und ihren Zusammenhalt schützt? Wie erkennt sie notwendige Veränderungen, und wie gibt sie ihnen Raum? Danach heute zu fragen, befriedigt nicht etwa ein akademisches Interesse. Wir leben in einer Zeit, die auf große gesellschaftliche Wandlungen zuläuft, auf Veränderungen, die teils über uns kommen werden und auf die wir uns einstellen müssen, die wir andernteils selbst wollen und darum herbeiführen müssen. Wie kann das geschehen? Wie lernen heute Gesellschaften, das zu wollen und zu tun, was nötig ist?

Von welchen Gesellschaften sprechen wir? Nicht von den Gesellschaften, die gegen ihre feudalen und diktatorischen Regime aufstehen. Ihr Lernen wird von unmittelbarer Bedrängnis und von vitalen Freiheitshoffnungen geleitet und folgt eigenen Gesetzen. Und wir sprechen auch nicht von Gesellschaften, die wie die japanische durch eine Erschütterung in den Grundfesten zum Lernen geführt werden, und in denen das Nicht-Lernen die Existenzfrage stellt. Die hier vorgetragenen Gedanken gelten einer jener Gesellschaften, die sich durch relativ freie, geordnete und gesicherte Verhältnisse auszeichnen, und die doch, eben um diese Verhältnisse zu bewahren, sich auf einen tief greifenden Wandel einstellen müssen, auch wenn er mit erheblichen Anstrengungen verbunden ist und sowohl heutige Vorteile antastet als auch lieb gewordene Denkweisen und Lebensstile in Frage stellt. Kurz: Das Thema „Wie lernen Gesellschaften – heute?“ richtet sich auf Deutschland und die deutsche Gesellschaft. Wie lernen wir in Deutschland – heute?

Aber – ist in dieser globalisierten Welt ein Land wie Deutschland eine Lerngröße? Können Nationen und ihre Bevölkerungen für sich heute etwas Wichtiges lernen, wenn man an die globalen

Bedingungen und Bedrohungen denkt, etwa an die Klimakrise, an das internationale Finanzdebakel, an die Transnationalen Konzerne und ihre Marktmacht? Oder auch nur an manche europäischen Länder und ihre vergeblichen Versuche, aus eigener Kraft den Staatsbankrott abzuwenden? Solche Fragen machen deutlich, dass es Dimensionen des zu Lernenden gibt, die die Größenordnung einer Nation längst übersteigen und hineinragen in Bereiche, die nur noch von Staaten-Verbänden wie der Europäischen Union zu bewältigen sind, oder gar nur noch globalen Institutionen zugänglich bleiben. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Bundesregierungen werden seit 1992 von einem Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen beraten. In seinem neuen Gutachten empfiehlt er einen globalen Rat für nachhaltige Entwicklung, der dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ebenbürtig ist. Und er fügt hinzu: „Dies käme einem zivilisatorischen Quantensprung gleich.“<sup>1</sup> Womit die Größe der Aufgabe bezeichnet ist.

Die folgenden Überlegungen stehen darum unter dem Vorbehalt, dass sie in Manchem, in Vielem nicht heranreichen an die Überlebensprobleme der menschlichen Zivilisation, oder dass jedenfalls nationale Gesellschaften nur einen bescheidenen Beitrag zu ihrer Lösung leisten können. Und doch bleibt genug in unserer Reichweite und damit in unserer Verantwortung. Und: Was kann in Europa, was kann weltweit gelernt werden, wenn es nicht in nationalen Gesellschaften, in gewachsenen Gemeinschaften initiiert, erprobt, vorgelebt wird?

Es geht um lernende Gesellschaften. Dabei ist es nicht ratsam, sich die Gesellschaft in Deutschland wie eine Schulklasse vorzustellen und das gesellschaftliche Lernen wie einen Bildungsvorgang, in dem Unwissen überwunden wird und Stück für Stück Kenntnisse und dann Erkenntnisse und Fähigkeiten gewonnen werden, ein Bildungsprozess also, in dem Stein auf Stein das Bauwerk des Wissens errichtet wird. Gesellschaftliches Lernen heißt heute nur zum kleineren Teil, den Bestand zu erweitern. Zum größeren

1 WBGU 2011, 2, 21)

Teil bedeutet es Gewohntes zu verlassen, auch gewohntes Wissen, Grenzen zu überschreiten, Neuland zu betreten. Lernen geschieht dann oft in Brüchen, und Lernen heißt auch verlernen. John Maynard Keynes hat das so formuliert: Es ist nicht so schwer, neue Konzepte und Strategien zu entwickeln, viel schwerer ist es, die alten Routinen und Leitbilder zu vergessen.<sup>2</sup>

## 2 Was heute zu lernen ist

Ich will vier Felder nennen. Es sind sicher nicht die einzigen; aber es sind zentral wichtige.

### Die wichtigsten Interessen erkennen

*A. Zu lernen ist, unsere langfristigen Interessen so ernst zu nehmen wie unsere kurzfristigen Interessen und unsere gemeinsamen Interessen wichtiger zu nehmen als unsere Einzelinteressen.*

### Das Klima schützen

Das dringlichste Feld für diese Einsicht ist der Klimawandel. Unser Land liegt in den gemäßigten Klimazonen und ist bisher von massiven Folgen des Klimawandels verschont geblieben. Aber seriöse Szenarien, etwa die des Klimarates der Vereinten Nationen und der Europäischen Union, sagen auch für unsere geografischen Breiten erhebliche Verschlechterungen durch Temperatur- und Niederschlagswandel, durch Stürme und Fluten voraus. Vor allem aber werden wir von den Auswirkungen massiver Dürren und Überschwemmungen in den tropischen Regionen wie auch von der Erwärmung, Vermüllung und Versauerung der Ozeane und die dadurch verursachte Zerstörung ihrer Ökosysteme getroffen werden.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> angeführt in WBGU 2011, 4

<sup>3</sup> WBGU 2006; <http://www.stateoftheocean.org/ipso-2011-workshop-summary.cfm>; [http://www.ipcc.ch/publications\\_and\\_data/ar4/wg1/en/ch11s11-3.html](http://www.ipcc.ch/publications_and_data/ar4/wg1/en/ch11s11-3.html); <http://ec.europa.eu/clima/policies/brief/>

Zu lernen ist, dass unterlassener Klimaschutz weit teurer ist als getätigter. Nicholas Stern, renommierter Wirtschaftswissenschaftler und zeitweilig Chefökonom der Weltbank, hat 2006 für die Britische Regierung ein Gutachten über die voraussichtlichen Kosten des Klimawandels angefertigt. Es hat weltweite Aufmerksamkeit gefunden. Seine Essenz ist: Wenn die Nationen sofort mit ernsthaftem Klimaschutz beginnen, erfordert das pro Jahr etwa 1–2 % des Brutto-weltproduktes. Verschieben sie diesen Beginn, erhöhen sich die Kosten je nach Verzögerung und Risikoberechnung auf das 5- bis 20-fache.<sup>4</sup> Ich führe das an, weil ja Argumente, die das Portemonnaie betreffen, besondere Überzeugungskraft haben. Daran wird klar: Die Zerstörung der naturgegebenen Gemeingüter durch die Aufheizung der Atmosphäre wird die allermeisten Bewohner der Erde viel mehr schädigen als ihre anhaltende Überforderung den wohlhabenden Staaten kurzfristig an Kosten ersparen kann. Schon wirtschaftlicher Eigennutz rät zum alsbaldigen Klimaschutz. Dass er auch aus politischem Eigennutz unerlässlich ist, wird im folgenden Abschnitt zu zeigen sein.

### Gemeingüter haben Vorrang

Das Klima ist das am dringendsten zu bewahrende, aber keineswegs das einzige Gemeinschaftsgut. Und immer stärker tritt hervor, wie die Gemeinschaftsgüter insgesamt unentbehrlich sind nicht nur für das Gedeihen einer Gesellschaft sondern für das Überleben der menschlichen Zivilisation. Das vergangene Jahrhundert hat der Privatisierung und Kommerzialisierung der Gemeingüter Vorrang gegeben – mit allen Verwerfungen, die die gegenwärtigen Krisen erkennbar machen. Die Umwandlung der Lebensgrundlagen in privates Eigentum und in Handelsware ist inzwischen als Irrweg erkennbar. Wenn die Atmosphäre lebensfeindlich wird, wenn die Ernährungsgrundlage der Menschheit schwindet, wenn die öffentliche Sicherheit und damit die körperliche Unversehrtheit bedroht sind, wenn die Heranwachsenden aus unteren und mittleren Schichten keine Teilhabe- und Auf-

[consequences/index\\_en.htm](http://www.consequences/index_en.htm)

<sup>4</sup> Nicholas Stern (2009)

stiegspektive mehr sehen, dann kann davor der Eigennutzen, auch wenn er über Macht und Geld verfügt, nicht oder doch nur unzureichend Schutz bieten. Mit Schlössern und Stacheldraht lässt sich Eigentum vor Einzeltätern oder Banden sichern; aber gegen Naturkatastrophen, Volksaufstände und Revolten bleiben selbst „Gated Communities“ mit ihren Alarmanlagen und Sicherheitszäunen unwirksam. Die Fundamente des Lebens lassen sich nur gemeinsam bewahren.

Zu diesen Fundamenten zählen die natürlichen Lebensgrundlagen, also Atmosphäre, Boden, Wasser und mit ihnen ein ausgeglichenes Klima, gesunde Luft zum Atmen und zum Gedeihen der Pflanzen, sauberes Wasser zum Trinken und in den Meeren, fruchtbares Land, die Vielfalt der Arten und einiges mehr. Aber Gemeingüter sind auch die sozialen Lebensgrundlagen, das Recht auf Bildung und das Recht auf Arbeit, die Versorgung im Alter und bei Krankheit, ein fairer Wettbewerb, der vor Ausbeutung von Menschen und Natur schützt, wie auch das Wissen, das für das Gedeihen der menschlichen Zivilisation essentiell ist, das Internet sowohl als auch der öffentliche Verkehr. Sie müssen für den gemeinsamen Gebrauch eingesetzt und eingerichtet, darin reguliert, überwacht und bei Missbrauch mit Sanktionen belegt werden.<sup>5</sup>

Wo Gemeingüter im Privateigentum sind oder privat genutzt werden, wie Boden und Gewässer, gilt auch für sie die Ausrichtung am gemeinsamen Wohl und der Schutz vor Missbrauch. Darauf verweist schon Artikel 14,2 des Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Anfänge sind gemacht im Wasserrecht, auch im Emissionshandel für Treibhausgase. Ein Wettbewerbsrecht, das den Schutz der Gemeingüter gewährleistet und nachhaltiges Markthandeln begünstigt, muss folgen.<sup>6</sup>

Die Spannweite der Gemeingüter, der Commons, reicht von Stadtgärten, also der gemeinsamen Nutzung städtischer Freiflächen, über regionale oder nationale Naturreservate bis zur globalen Treuhand zum Schutz des Klimas, von den Genen bis zum Internet. Commons können aufgrund freiwilliger Übereinkunft zustande kommen oder ihrer grundlegenden Bedeutung wegen verpflichtenden Charakter haben.

Bisher sind die Gemeingüter in ihrer Mehrheit dem Zugriff von Einzelinteressen ausgeliefert. Industrie und Landwirtschaft, aber auch private Verbraucher, dürfen die natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Böden, Flüsse, Grundwasser in Anspruch nehmen und verbrauchen, ohne ein Nutzungsentgelt zu bezahlen – inzwischen mit einigen Einschränkungen. Da die Commons aber zum Wohle aller erhalten, erneuert oder doch ersetzt werden müssen, sind für ihre Nutzung Beiträge einzufordern, und ihre Auszehrung ist zu verbieten. Auch die sozialen Gemeingüter brauchen aktiven Schutz vor Ausbeutung und Ausschluss. Das gilt etwa für den Schutz vor „Freisetzung“ von Arbeitskräften aus Kapitalinteressen, für Mindestlöhne wie für den freien Zugang aller zur Bildung. Auch Patente auf Technologien, die für die globale Zukunftsfähigkeit wichtig sind, müssen geöffnet werden.

Und für die großen Gemeinschaftsgüter wie die Meere mit ihren Fischgründen, wie der Zugang zu seltenen Ressourcen und wie das Klima ist an internationale Treuhand-Institutionen zu denken, die einen von der Tagespolitik unabhängigen Rechtsstatus haben.<sup>7</sup>

Zu erkennen ist also die fundamentale Bedeutung der Gemeingüter. Sie sind dadurch zu schützen, dass sie so weit wie möglich in Formen gemeinsamer Nutzung überführt werden, und dass ihre private Nutzung mit Entgelten und mit der Verpflichtung zu sorgsamer Bewahrung belegt wird.

5 Zum Thema: Ostrom 1999 und 2011; Helfrich 2009; Heinrich Böll Stiftung 2010

6 [www.nehmenundgeben.de](http://www.nehmenundgeben.de)

7 BUND, 279 ff.

## Weltweite Abhängigkeiten

*B. Zu lernen ist, dass wir Menschen auf diesem Planeten auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind.*

### Ungleichheiten entschärfen

Ich nehme wieder den Klimawandel als Beispiel. Das Klima ist, unbeschadet seiner regionalen Eigenheiten, ein globales System. Was durch menschliches Handeln an einem Ort an Treibhausgasen in die Atmosphäre entlassen wird, wirkt sich über den ganzen Erdball hin aus. Alle müssen darum zusammenwirken, wenn das Klima stabilisiert werden soll. Gegenwärtig produzieren die Industrieländer einerseits und die Schwellen- und Entwicklungsländer andererseits je etwa 50 Prozent der Treibhausgase, und alle zusammen weit mehr, als die Ökosysteme ohne Schaden aufnehmen können. Aber es gibt Ungleichheiten, die dieses gemeinsame Handeln behindern, und zwar historische und geografische Ungleichheiten.

Was die historischen betrifft, so haben die Industrieländer in den vergangenen zwei Jahrhunderten den Löwenanteil der Treibhausgase in die Atmosphäre entlassen und damit ihren industriellen Wohlstand geschaffen. Und noch immer verursacht ein Amerikaner fünfmal und ein Deutscher dreimal soviel Kohlendioxid wie ein Chinese. Ganz Afrika liegt noch einmal weit darunter. Jetzt holen die Schwellenländer auf, China hat, nicht pro Kopf, wohl aber als Land die USA im Ausstoß klimaschädlicher Gase bereits überholt. Aber im materiellen Wohlstand liegen die Entwicklungsländer weit zurück. Und sie werden nicht darauf verzichten, in der industriellen Entwicklung und im Lebensstandard zu den Industrieländern aufzuschließen. Sie werden darum das Wirtschaftswachstum so lange über den Klimaschutz stellen, so lange die Industrieländer ihn nur halbherzig betreiben und selbst kein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Wohlstandsmodell vorleben.

Was die geografische Ungleichheit betrifft, so sind es die Länder der südlichen Hemisphäre und in ihnen wiederum die armen Bevölkerungsgruppen, welche die Folgen der globalen Klimaveränderung vor allem zu spüren bekommen. Dort wirken Stürme und Fluten besonders verheerend, dort sinkt der Grundwasserspiegel ab und macht die Böden unfruchtbar, dort bedroht der steigende Meeresspiegel ganze Regionen. Ohne Klimaschutz ist alle Entwicklung vergeblich. Diese Länder benötigen massive technische Hilfe und erhebliche Finanzen, um den Klimawandel so weit wie möglich abzumildern und sich im Übrigen an ihn anzupassen. Diese Mithilfe erwarten sie von den wohlhabenden Ländern, die das Klima zuerst geschädigt haben.

### Ein Mindestmaß an Gerechtigkeit

Nur wenn zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern ein Mindestmaß an ausgleichender Gerechtigkeit entsteht, was die Lasten des Klimawandels und was den Nutzen innovativer Technologien betrifft, nur wenn Vertrauen in den fairen Ausgleich der Interessen besteht, nur dann ist eine ernsthafte Kooperation der Südländer in der Klimakrise zu erwarten. Und wenn diese Kooperation nicht gelingt, dann entsteht ein Gleichgewicht des Schreckens, dann werden wir uns gegenseitig den Lebensraum zerstören – wir ihnen und sie uns. Ich erinnere an den kalten Krieg zwischen Westen und Osten. Er ist für die Jüngeren eine beinahe unbekannt Phase der Nachkriegsgeschichte geworden, den Älteren bleibt er dafür umso beklemmender in Erinnerung. Was damals den heißen Krieg verhindert hat, war die Mutual Assured Destruction, die gesicherte Fähigkeit gegenseitiger Vernichtung mit Atomwaffen. Was damals die Atomwaffen waren, ist heute das Klima. Und wieder müssen wir hoffen, dass die gesicherte gegen-

*Der eigene kurzfristige Nutzen ist vielleicht auf Kosten der andern zu erringen, doch schon der mittelfristige, erst recht aber der langfristige Nutzen ist nur mit ihnen gemeinsam zu bewahren.*

seitige Vernichtung uns und alle Beteiligten zur Einsicht bringt. Es ist also das aufgeklärte Eigeninteresse der früh industrialisierten Länder, bis zur Mitte des Jahrhunderts eine emissionsfreie Energienutzung zu erreichen.

### **Ernährung zuerst**

Was das Klima lehrt, gilt ebenso für die Ernährung. Da ist die globale Nahrungskrise, in der für eine weiter wachsende Weltbevölkerung die Ernährungsgrundlage schrumpft. Die Ergiebigkeit der Böden schwindet durch die Verschiebung der Vegetationszonen mit der Folge von Versteppung und Dürre, durch sinkendes Grundwasser, durch Monokulturen und ihre Anfälligkeit für Schädlinge. Verstärkt wird die Ernährungskrise durch den steigenden Fleischverzehr, durch das Land Grabbing, also den Ankauf riesiger Ländereien durch Kapitalgesellschaften und Staaten, und durch den Anbau von Biomasse für Treibstoff statt Nahrungsmitteln. Dieser letzte Grund sei hier noch besonders bedacht. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass wir die Böden, auf denen Nahrung für eine wachsende Weltbevölkerung wachsen muss, dem Anbau von Biomasse für Treibstoffe widmen, nur, damit die fünf oder sechs Prozent der Weltbevölkerung, die je ein Flugzeug betreten haben, auch weiterhin fliegen können, wann und wohin sie möchten. Wird die Überforderung und Ausbeutung des Bodens für Kapitalerträge oder Treibstoff fortgesetzt, drohen Hungerrevolten und auch Kriege, die sich nicht auf die armen Länder beschränken werden sondern das internationale Gefüge ins Wanken bringen können.

Noch einmal zeigt sich, dass in einer so eng verflochtenen Welt das eigene Wohlergehen nicht auf Dauer zu sichern ist, wenn es auf der Beschädigung der Wohlfahrt anderer beruht. Hunger in einer Welt, in der alle soviel von allen wissen, überspringt in seiner sozialen Sprengkraft auch die Kontinente.

### **Wirtschaftswachstum und Wohlergehen**

*C. Zu lernen ist, das Wohlergehen der Einzelnen wie der Gesellschaften unabhängig vom Wirtschaftswachstum zu suchen.*

Gegenwärtig gibt es eine leidenschaftliche Diskussion darüber, ob Wirtschaftswachstum, und sei es so genanntes Green Growth, weiterhin möglich ist, und ob es, falls es möglich ist, auch ratsam oder gar unentbehrlich ist. Während die Bewegung zum Schrumpfen der Wirtschaft (Degrowth/Décroissance)<sup>8</sup> ökologisch und anti-kapitalistisch argumentiert und darin eine schroffe Minderheitenposition vertritt, auch mehr ein Bekenntnis als ein Programm ist, und die auf die Überwindung des Wachstums gerichtete und oft Postwachstumswirtschaft genannte Ökonomie ebenfalls erst eine Minderheit der Ökonomen erreicht hat<sup>9</sup> gilt Wirtschaftswachstum dem Hauptstrom der Wirtschaftswissenschaften und damit auch der großen Mehrheit der politischen Akteure nach wie vor als Lebensretter unserer Gesellschaften. Diese Diskussion verdient und braucht darum hier eine ausführlichere Behandlung.

Wirtschaftswachstum soll die Arbeitsplätze sichern, die sozialen Schutz-Systeme (Renten, Gesundheitssystem, Grundsicherung) abstützen, die wachsenden sozialen Ungleichheiten entschärfen und die Industrienationen von ihren Schuldenbergen befreien. Ich lasse einmal offen, ob tatsächlich stetiges Wirtschaftswachstum, wenn es denn möglich wäre, das alles leisten könnte – bisher hat es ja diese Ergebnisse zu großen Teilen nicht erreicht. Es mag jedoch sein, dass der Streit um Wirtschaftswachstum an Schärfe verliert, weil dieses Wachstum ausbleiben wird.

8 Latouche 2004; Economic Degrowth 2009

9 Vereinigung für ökologische Ökonomie; Paech 2012; Seidl/Zahrnt 2010

*Die These des folgenden Abschnittes ist, dass es in in den früh entwickelten Industrieländern voraussichtlich kein dauerhaftes quantitatives Wirtschaftswachstum mehr geben wird, und wenn doch, ein so geringes, dass es keine der von ihm erhofften Problemlösungen mehr ermöglicht. Die Argumentation richtet sich also auf die begrenzte Frage, ob in einem Lande wie Deutschland Wirtschaftswachstum überhaupt noch zu erwarten, ob es als wahrscheinlich einzuschätzen ist.*

### **Vom nahenden Ende des Wirtschaftswachstums**

Für das nahende Ende des Wirtschaftswachstums gibt es eine ganze Reihe von Indizien:

Zunächst einmal sind in den entwickelten Industriegesellschaften die wichtigen Lebensbedürfnisse in einem hohen Maße erfüllt, jedenfalls in der den Konsum tragenden Mehrheit der Bevölkerung. Sie ist mit dem versorgt, was sie für Haushalt, Beruf, Freizeit, Mobilität benötigt. Viele haben inzwischen so viel, dass sie Neues nur kaufen, wenn das Alte ausrangiert wird bzw. das Neue einen deutlichen Zusatznutzen verspricht. Überschüsse werden diese Menschen eher für die Vermögensbildung als für zusätzlichen Konsum verwenden. Daraus entstehen im besten Fall geringe Wachstumsantriebe.

Auch wächst die Zahl derer, die über Wohlstand anders nachdenken, als es ihnen von der herrschenden Leitvorstellung des Güterwohlstandes und von der allgegenwärtigen Werbung nahe gelegt wird. Sie bilden inzwischen eine auch numerisch deutlich wachsende Bewegung von Menschen, die sich in ihrem persönlichen Verhalten, aber auch, so weit das möglich ist, in ihren Berufen aus der Erwerbswirtschaft herauslösen und dabei nicht etwa in Kümmerformen des Lebens absinken sondern im Gegenteil neue Erfahrungen des Wohlergehens machen. Bedürfnisse werden anders und andere Bedürfnisse werden befriedigt und so das Leben verbessert oder doch gleichwertig geführt. Dies alles geschieht einmal in den schon bekannten

Alternativen wie Tauschringen, Car-Sharing, Stadtgärten, Regionalwährungen, Subsistenz-Gemeinschaften, bürgerschaftlichen Gemeinschafts-unternehmen und ebenso in den vielen Formen der Eigenarbeit.<sup>10</sup> Inzwischen reicht diese Bewegung über die ursprünglichen Pioniere hinaus in größere Teile der Bevölkerung hinein, und dabei gehen zwei ursprünglich getrennte Motive ineinander über: einmal der Wunsch nach einem kulturellen Wandel und in ihm die stärkere Orientierung an immateriellen Werten und gleichzeitig das Bestreben, in einer unsicheren Zeit die finanzielle Balance zu halten, also nicht in Schulden zu geraten. In all diesen Unternehmungen und Bewegungen entsteht durchaus Wachstum, ein gesellschaftliches Mehr, aber eines, das nur noch zum Teil oder auch gar nicht mehr in die volkswirtschaftlichen Kenngrößen eingeht, und das zum Bruttoinlandprodukt nur noch teilweise beiträgt oder es sogar erkennbar verringert.

Und die Bevölkerung nimmt ab. Die anhaltende Verringerung der Geburtenzahlen und damit der Überschuss der Sterbefälle in Deutschland führen zu einem langsamen und, so weit erkennbar, auch durch Zuwanderung nicht umzukehrenden Rückgang der Bevölkerung. Weniger Menschen kaufen auch weniger.

### **Das Geld wird fehlen**

*Angesichts dieser Entwicklungen würde ein anhaltendes Wirtschaftswachstum nur möglich werden, wenn neue Bedürfnisse entstehen oder durch Werbung geschaffen werden, und wenn ausreichend Geld da ist sie zu erfüllen. Nicht an der Werbung wohl aber am Geld wird es für viele Menschen, in Deutschland wie in vergleichbaren Ländern, aller Voraussicht nach schon bald fehlen. Und dies aus zwei Gründen. Der erste liegt in den überhöhten Erwartungen an die Wirtschaftswachstum und damit Wohlstand schaffende Kraft innovativer Technologien, der zweite in*

<sup>10</sup> Dahm/Scherhorn (2009); Bennholdt-Thomsen (2010)

*der zu erwartenden Verteuerung der Lebenshaltung. Beide Gründe haben unmittelbare Auswirkungen auf das Wirtschaftsvolumen.*

### Grüne Technologien

Zuerst zu den innovativen Technologien und den sich mit ihnen verbindenden Wachstumserwartungen. Das Lösungswort heißt Ökologische Industriepolitik oder, weiter gefasst, „Green New Deal“, also die Erfindung und Durchsetzung umweltfreundlicher Technologien und die Überführung des ganzen Wirtschaftsprozesses in einen Kreislauf im Einklang mit der Natur. Das soll die Wirtschaft antreiben, nicht nur hierzulande sondern auch in den Ländern des Südens. Der Export umweltfreundlicher Technologien soll die deutsche Exportwirtschaft in Gang halten und gleichzeitig den Süden auf einen zukunftsfähigen Wachstumspfad bringen. Die Bundesregierung gibt dem einen hohen Rang und bezeichnet diesen Wandel als die „Dritte industrielle Revolution“. Nicht zu Unrecht; denn gewiss benötigt Deutschland eine Systemwende hin zu innovativen Technologien: für eine CO<sub>2</sub>-freie Energie, für sparsame Autos, für Passivenergiehäuser, um nur einiges zu nennen. Das alles ist unentbehrlich, um den Raubbau an Ressourcen und Energie zu stoppen. Aber entsteht daraus Wirtschaftswachstum? Umwelttechnologien erwirtschafteten in Deutschland im Jahr 2007 rund 8% des deutschen Bundesinlandsproduktes. Bis 2020 wird sich dieser Anteil nach der Voraussage des Ministeriums auf 14% erhöhen,<sup>11</sup> wobei Schätzungen zufolge etwa ein Drittel der Produktion in den Export geht. Nun besteht kein Zweifel, dass Umwelttechnologien und Umweltinnovationen wichtige Wirtschaftsfaktoren in Deutschland sind und sich in Teilen der Wirtschaft immer mehr zu einem Motor für Wachstum und Beschäftigung entwickeln. Aber selbst wenn sie ein Siebtel des Bundesinlandsproduktes ausmachen – können sie angesichts der Notwendigkeit, viele nicht nachhaltige Produktionen zu beenden, ein Wirtschaftswachstum tragen?

<sup>11</sup> BMU 2009, 3

### Die Energie als Beispiel

Die Schlüsseltechnologie und gleichzeitig das am meisten diskutierte Feld der industriellen Erneuerung ist die Energiegewinnung. Sie erscheint den allermeisten als ein besonders starker Motor des Wirtschaftswachstums. Gerade an ihr aber zeigt sich, dass der ebenso notwendige wie erwünschte Übergang zu erneuerbaren Techniken der Energie-Erzeugung wahrscheinlich in seiner Reichweite wie in der Zügigkeit der Umwandlung hinter vielen hochgestellten Erwartungen zurückbleiben wird. So fehlt es an Schnelligkeit wie an Konsequenz sowohl der nationalen wie der europäischen Rahmengesetzgebung.<sup>12</sup> Die Folge ist, dass Energie-Effizienz und erneuerbare Energien die fossilen Energien nicht rechtzeitig und nicht vollständig genug ablösen können, und dass darum eine Verringerung des Energie-Bedarfs notwendig werden wird, die wiederum eine Verringerung des Wirtschaftsvolumens zur Folge haben wird.

### Hoffnungsfrohe Szenarien

Die Rücknahme des Energiebedarfs erscheint freilich den meisten Prognostikern als unnötig. Es gibt aus den letzten drei Jahren eine große Anzahl von Energie-Szenarien, die den Energiepfad bis 2050 abschätzen. Sie sind entstanden, weil sich eine fundamentale Einsicht durchgesetzt hat. Nicht mehr nur in der Klimawissenschaft sondern auch bei den großen Energieversorgern und in der Politik besteht Einverständnis: In Deutschland als einem der früh industrialisierten Länder wie insgesamt in Europa muss die Energieversorgung bis 2050 fast ohne Emissionen von Treibhausgasen bereitgestellt werden. Nur dann bleibt die 2°-Grenze für die Klimaerwärmung einhaltbar. Die Klimaszenarien erkunden den Weg dorthin. Sie halten einen nahezu vollständigen Verzicht auf fossile Energien und den Übergang zu erneuerbaren

<sup>12</sup> Ein Beispiel: Die Abspaltung und Einlagerung von CO<sub>2</sub> etwa, die zwar nicht für die Kohle-Verbrennung, wohl aber für eine Reihe von Industrieproduktionen wie Stahl und Zement als wirksamer Klimaschutz breite Zustimmung findet, hat bis heute weder eine gesetzliche Grundlage, noch hat sie Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten.

Energien für möglich, und zwar mit Wirtschaftswachstum und neuen Arbeitsplätzen und ohne Verluste an materiellem Wohlstand.<sup>13</sup> Sie erstreben die Energiewende mit technologischen und organisatorischen Mitteln, setzen auf eine gewaltige Steigerung der Energie-Produktivität und auf die volle Durchsetzung der erneuerbaren Energien, also auf Effizienz und Konsistenz, und sie sagen, dass Suffizienz, also eine Einschränkung des Energie-Bedarfs, unnötig ist, dass es vielmehr genügt, diese Technologien schnell und konsequent aufzubauen. Die meisten Szenarien verschweigen auch nicht, dass dieser Systemwechsel eine Herkules-Aufgabe sein wird. Sie sehen Schwierigkeiten voraus, die von Uneinsicht hervorgerufen werden, von Kurzsichtigkeit, von nationalen Beschränktheiten, oder sich durch Behäbigkeit dem Wandel in den Weg stellen.

Nur: Alle Szenarien (mit zwei Ausnahmen) sind von einer irritierenden Zuversicht geprägt. Sie zeigen ein ungestörtes Vertrauen in das Gelingen einer technologischen Revolution. Darum verwenden die Szenarien keine Aufmerksamkeit auf die Frage: Was tun, wenn diese so stringent durchdachte Entwicklung hinter den Erwartungen zurückbleibt? Was tun, wenn Teile davon misslingen oder doch nur teilweise gelingen, wenn Widerstände sie aufhalten oder auch teilweise scheitern lassen? Solche Fragen zu stellen ist Teil einer realitätsgerechten Einschätzung der kommenden Entwicklungen. Sie konfrontieren die idealen Annahmen der Szenarien mit den Erfahrungen, die die gesellschaftliche Wirklichkeit und die faktische Politik bereithalten. Und die deuten auf ein verzögertes und nur in Teilen gelingendes Erreichen der gesteckten Ziele. Das sei an einer Reihe von Beispielen gezeigt.

### **Richtungsunsicherheiten**

Die Ergänzung 2011 der Roadmap 2050<sup>14</sup> fordert für die kommenden zwei Jahrzehnte eine Verdopplung der Investitionen für die Erzeugung und den grenzüberschreitenden Transport erneuerbarer Energien, weil sich sonst vor der Einhaltung der Klima-Grenze immer höhere Hürden aufbauen. Dem steht die ungeklärte Richtung der Energiepolitik und die damit gegebene Unsicherheit für Investoren kaum im Wege. Soll Strom vor allem zentral erzeugt werden oder doch dezentral? Und wie viel Stromimporte werden bei dezentraler Erzeugung überhaupt benötigt? Die Wahl ist entscheidend für den Kapital-Einsatz. Soll das Schwergesicht auf Off-Shore-Windparks in den Meeren des Nordens oder auf Sonnen-Kraftwerken in den Wüsten des Südens liegen? Und wiederum: Wie weit ist auf die Abspaltung und Einlagerung von CO<sub>2</sub> zu setzen? Fällt eine Entscheidung für diese Technologie, lassen sich auch moderne Kohlekraftwerke rechtfertigen. Lohnt es darin zu investieren? Kapitalintensiv sind besonders jene leistungsstarken Überlandnetze, die die Energie von den konzentrierten Orten ihrer Erzeugung zu den ausgefächerten Feldern ihrer Nutzung befördern sollen. Wie viele Netze welcher Art werden gebraucht? Die Finanzierung ihres Ausbaus gerät durch die Richtungsunsicherheit der Energiepolitik in Rückstand, und ihre Errichtung noch einmal durch die fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung. Weiter: Die Energieversorgung Frankreichs ruht gegenwärtig zu 80% auf Atomkraft, die Versorgung Polens zu zwei Dritteln auf Kohlekraftwerken. Wie soll die politische Bereitschaft entstehen, diese Energiequellen innerhalb von nicht einmal vier Jahrzehnten umzurüsten bzw. stillzulegen und durch Erneuerbare Energien zu ersetzen? Die Langsamkeit, mit der Europäische Union und nationale Regierungen die notwendige Gesetzgebung auf den Weg bringen, wird gerade von den zuversichtlichen Energie-Szenarien unisono als unzureichend beklagt. Die Konsequenz heißt: Es ist wenig wahrscheinlich, dass allein durch Energie-Effizienz und Erneuerbare Energien in nicht einmal 40 Jahren die 2°-Grenze der Klimaerwärmung eingehalten werden kann. Da diese Grenze

<sup>13</sup> Eine ausführliche Auseinandersetzung mit ihrer Argumentation in Linz/Scherhorn 2011. Dort auch eine Liste der Szenarien. Sie ist zu ergänzen durch European Climate Foundation a. o. (2011), Power Perspectives 2030.

<sup>14</sup> siehe vorherige Anmerkung

aber nach internationaler Übereinkunft 2010 in Cancún, und bestätigt 2011 in Durban, nicht verhandelbar ist, wird sie vollständig genug nur durch Absenkung des Verbrauches, durch einen verringerten Energiebedarf zu erreichen sein. Das aber heißt: Weniger Produktion und Konsum – also konkret kleinere Autos und weniger Kilometer, weniger Luftverkehr, eine konsequente Kostenpflicht für die Verschmutzungsrechte im Emissionshandel und manches mehr, was das Wirtschaftsvolumen verringern wird.

### **Aber der Export**

Gewiss werden die Produktion von und der Handel mit innovativen Technologien, auch für den Export, einen großen Aufschwung nehmen. Gerade der Export Natur schonender Technik, dem Deutschland einen Teil seines gegenwärtigen Wirtschaftswachstums verdankt, hält nur an, bis die Empfängerländer eigene Industrien der Nachhaltigkeit aufgebaut haben oder, noch elementarer, nur so lange, wie die potentiellen Käufer sich deutsche Technik leisten können. Und wenn, wie es geplant ist, die kostenlose Lieferung solcher Technik zu den Vertragspflichten für ein neues Klimaprotokoll gehört, so steht dem Gewinn für die deutsche Wirtschaft die Belastung des Staates durch die finanziellen Verpflichtungen gegenüber, die dann durch Steuern gedeckt werden müssen. Ob aus all diesem Mehr und Weniger nennenswertes Wirtschaftswachstum entsteht, bleibt unsicher.<sup>15</sup>

Auch sonst wird dem erwünschten Green Growth vieler Wirtschaftszweige das notwendige Schrumpfen jener anderen entsprechen, die der Nachhaltigkeit und dabei vor allem dem Einhalten der Klimagrenze im Wege sind. Wachsen kann alles, was zugleich der Zukunftsfähigkeit und der Lebensqualität dient. Und Schrumpfen muss, was die Ressourcen übernutzt und den sozialen Zusammenhalt beschädigt. Wachsen werden erneuerbare Energien, Effizienz-Technologien,

naturverträgliche Produktionen, Ökolandwirtschaft, fairer Handel, Dienstleistungen zur Nachhaltigkeit. Schrumpfen müssen fossile Energien, natur- und sozialschädliche Produkte und Verfahren und mit ihnen erhebliche Teile der heutigen Mobilität, der Landwirtschaft und des Konsums. Wird nicht nur das erste sondern auch das zweite Glied dieser Gleichung ernst genommen, wird die Wachstumsbilanz durchwachsen sein. Die Unternehmensberatung Roland Berger schätzt den deutschen Umweltsektor für 2007 auf 8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, das Bundesministerium für Umwelt prognostiziert ihn für 2020 auf 14 Prozent.<sup>16</sup> Ist das ein ausreichend hoher Bestandteil, um eine ganze Volkswirtschaft, die auf Nachhaltigkeit bedacht ist, wachsen zu lassen? Wird zwar Green Growth gefördert und bringt gerade im Export beträchtliche Zuwächse, wird aber gleichzeitig die schädigende Wirtschaftsweise weiter geführt, so mag es kurzfristig ein beachtenswertes Wirtschaftswachstum geben. Nur werden dann Klimaschäden und die ihnen folgenden soziale Unruhen in absehbarer Zeit alle Gewinne aufgeessen haben.

### **Leben und Wirtschaften werden teurer**

Zu der Unsicherheit, ob in einer nachhaltigen Wirtschaft innovative Technologien Träger eines Wachstums des Bruttosozialproduktes werden können, tritt eine zweite Erschwernis wirtschaftlichen Wachstums: In Deutschland wie in vielen anderen Industrieländern wird Leben und Wirtschaften schon bald deutlich teurer werden. Dabei bleiben in diesen Überlegungen die Finanzkrise und ihre Auswirkungen außer Betracht. Wie sie das Staatsbudget und in der Folge die Steuerzahler beanspruchen werden, ist gegenwärtig nicht absehbar. Die Argumentation dieses Textes richtet sich auf vorhersehbare, vor allem aus dem Schutz des Klimas und den internationalen Verpflichtungen sich ergebende Belastungen.

Zunächst wird sich die Verteuerung an den steigenden Preisen für Ressourcen zeigen. Preiswerte Energie ist ein entscheidender Faktor für das Wirtschaftswachstum. Nun aber werden die

<sup>15</sup> Martin Jänicke (2011), der fünf aktuelle Studien zum grünen Wachstum analysiert hat, aber nicht alle hier besprochenen Hindernisse einbezieht, kommt bei der Möglichkeit „leicht höherer“ Wachstumsraten aus. Die Green-Growth-Strategie sei aber „weit davon entfernt, die Wachstumsraten signifikant zu erhöhen“ (15).

<sup>16</sup> Jänicke, 2; BMU 2011, 115

fossilen Energieträger knapp, vor allem Erdöl und Erdgas, und damit am Markt teurer. Niemand erwartet, dass der Barrel-Preis für Rohöl bei € 116 (Brent7.2.2012) Halt macht. Und auch aus politischer Einsicht wird, wie oben beschrieben, der Energiepreis steigen. Wenn in Deutschland wie insgesamt in Europa die Energieversorgung bis 2050 fast ohne Emissionen von Treibhausgasen bereitgestellt werden soll, muss der Emissionshandel, der die Verschmutzungsrechte kostenpflichtig macht, konsequent auf alle Bereiche der Energienutzung ausgedehnt werden. Also müssen Verkehr und Haushalte in dieses System, das bisher nur die großen Unternehmen verpflichtet hat, einbezogen werden. Auch muss die Obergrenze der Atmosphären-Belastung periodisch herabgesetzt werden, um die für 2050 postulierten Grenzwerte zu erreichen. Beides wird die fossilen Energien noch einmal verteuern. Sie müssten, um die Umsteuerung zu beschleunigen, schon 2020 auf ein Mehrfaches des gegenwärtigen Niveaus steigen.<sup>17</sup>

Der Umbau des Energie-Systems hin zu den Erneuerbaren Energien wiederum ist, wie oben dargestellt, mit hohen Investitionen verbunden, nicht nur für Industrie, Bauten und Transportnetze, sondern ebenso für die Gebäude und Anlagen der öffentlichen Hände. Auch das führt zu höheren Preisen und auch zu höheren Steuern bzw. Abgaben.

Aber nicht nur die Energie wird teurer, auch die knappen Rohstoffe ziehen im Preis an, und keineswegs nur die seltenen Metalle. Energie und Rohstoffe verteuern z. B. das Fahren und Fliegen, die Reisen werden seltener, die Autos kleiner, die Strecken kürzer. Leihen wird an die Stelle des Kaufens rücken, im Autoverkehr aber auch auf manchen andern Gebieten (Maschinen, Geräte, Gefährte, Utensilien) – auch dies kein Beitrag zum Wirtschaftswachstum.

Weiter: Die oben besprochene Ernährungs-krise wird die Nahrungsmittel verteuern und tut es heute schon, nicht nur in der Dritten Welt sondern auch bei uns. Die Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten

Nationen (FAO) schätzt, dass schon ohne dramatische Entwicklungen global die Preise der Basis-Agrarprodukte bis 2020 um etwa 20–30 Prozent steigen können.<sup>18</sup>

Weiter: Die Industrieländer werden ihren Teil der internationalen Gemeinschaftsaufgaben zu finanzieren haben. Für die Vermeidung von zukünftigen Klimaschädigungen in den Entwicklungsländern und durch sie wie für die Anpassung an nicht mehr zu vermeidende Schäden müssen die multinationalen Fonds drastisch erhöht werden.<sup>19</sup> Für den 2010 in Cancún beschlossenen (und ebenfalls in Durban bekräftigten) Green Climate Fund etwa sind ab 2020 100 Milliarden \$ vorgesehen, und zwar jährlich. Auch wenn unsicher ist, wie viel neu gegebenes und wie viel nur umverteiltes Geld in ihn eingehen wird – die früh industrialisierten Länder, also auch Deutschland, werden sich deutlich über die bisherige Entwicklungshilfe hinaus beteiligen müssen. Da sowohl das Grundgesetz als auch die europäischen Verträge dem Schuldenmachen Grenzen setzen, müssen die europäischen Nationen das Geld durch Steuern oder Abgaben aufbringen.

Das alles heißt: Wenn Energie, Ressourcen, Ernährung teurer werden, wenn der Schutz des Klimas und der internationale Ausgleich höhere Abgaben und Steuern erfordern, dann werden die Personen und die Haushalte insgesamt weniger Geld zur freien Verfügung haben, weil der größte Teil des Einkommens für die Sicherung des Lebensnotwendigen benötigt wird. Das wird den Lebensstandard der großen Mehrheit in unserer Gesellschaft verändern: Sie wird eine zurückhaltendere Mobilität haben, sie wird bescheidener wohnen, essen, trinken und sich kleiden. Insgesamt wird der Konsum von Gütern des gehobenen Bedarfs zurückgehen; er aber ist der Treiber des Wirtschaftswachstums.

17 WBGU 2011, 299 f.)

18 The OECD-FAO Agricultural Outlook 2011–2020)

19 WBGU 168 ff., 322 ff.

Schließlich: An den in ihrer Solvenz akut gefährdeten Staaten der Europäischen Union wird in diesen Jahren augenfällig, dass nicht ein ganzer Kulturkreis, Europa und die USA, während Jahrzehnten über seine Verhältnisse leben, Schulden anhäufen und dann hoffen kann, sie ließen sich ohne Einbußen an dem geliehenen Wohlstand abtragen, weil Wirtschaftswachstum schon den nötigen Mehrwert erbringen werde.

### Konträre Positionen

Die hier vorgetragene Einschätzung steht in Konflikt mit konträren Positionen, die gegenwärtig sogar den Hauptstrom des Denkens bilden. Sie halten Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum für vereinbar. Auch sie gehen davon aus, dass das gegenwärtige Wirtschaftswachstum nicht zukunftsfähig ist, weil es die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. An seine Stelle kann aber diesem Denken zufolge ein geläutertes Wachstum treten, das vom Naturverbrauch ganz oder doch weitgehend abgekoppelt ist. Dieses Wachstum erscheint nicht nur ökologisch möglich, nicht nur lebenswichtig für eine wachsende Weltbevölkerung und für die Bedürfnisse der Milliarden Menschen, die sich aus der Armut befreien wollen, es gilt vor allem als unausweichlich, weil die Menschheit von einer Wachstumsdynamik angetrieben wird, von der sie sich nicht wird abbringen lassen. Zu erwarten, dass sich dieser Drang beenden lasse, sei eine „reine Fiktion“.<sup>20</sup> Carlo Jaeger etwa sieht das globale BIP sich bis zum Jahre 2050 versechsfachen. Das globale Pro-Kopf-Einkommen werde dann rund 45 000 Dollar, der Kapitalstock pro Kopf rund 140 000 Dollar betragen.<sup>21</sup>

Ein solches Wachstum, so sagen seine Fürsprecher, muss nicht zerstörerisch, es wird im Gegenteil segensreich sein, weil es den heutigen Wohlstand bewahrt und denen, die gegenwärtig in Mangel und Not leben, an ihm beteiligt. Gelingen wird das zunächst durch dramatisch höhere Ressourcen-Effizienz, also ihre gesteigerte Ergiebigkeit, und dann dauerhaft durch die Abkehr von den endlichen Rohstoffen und

die Hinkehr zu erneuerbaren Energien und nachwachsenden Werkstoffen, also letztlich zur unendlichen Quelle der Sonnenenergie. Wohl braucht der Übergang zu nachhaltigem Wachstum Lenkung und damit auch Eingriffe der Politik in die Märkte. Die Politik muss ihnen verbindliche ökologische Leitplanken setzen; auch werden die Energiepreise steigen müssen. Jedoch ist die Innovationsfähigkeit offener Gesellschaften unendlich, und damit spricht auch nichts gegen das Anwachsen des Wirtschaftsvolumens.

Ein von Carlo Jaeger vorgestelltes Modell mag als Beispiel dienen.<sup>22</sup> Für diese Studie bietet gerade die Erhöhung des europäischen Klimazieles auf 30 Prozent Reduktion der schädigenden Emissionen bis 2020 die Chance zu höherem Wirtschaftswachstum. Es wird möglich durch eine Mehrfachstrategie: einmal durch den dadurch entstehenden Druck und Drang zu innovativen Investitionen in die Wirtschaft, die durch Steuererleichterungen gefördert werden sollen, dann durch ökologische Beschaffungskriterien der öffentlichen Hand und schließlich durch Grenzsetzungen der Klimapolitik. Dabei verstärken sich drei Faktoren gegenseitig: Das verschärfte Klimaziel mobilisiert innovatives Kapital. Der Investitionsschub wiederum entbindet technologische Fortschritte, und die ihrerseits verstärken das Wachstum. Dieses neue Wachstum richtet sich dann nicht nur auf die Industrieproduktion sondern darüber hinaus auf Bildung, Gesundheit, Wohnung, Unterhaltung.

Das wäre ein ermutigendes Modell, wenn die Postulate zuträfen, die es tragen. Sein Gelingen hängt, wie die Studie betont, in hohem Maße ab vom Zutrauen der Kapitalgeber in das Gelingen dieses Aufschwungs und darum von „consistent policies“ (15) des Klimaschutzes. Daran aber fehlt es gerade, wie die Studie selbst feststellt und wie oben gezeigt wurde. Und nicht besprochen ist, ob sich das grüne Wachstum angesichts der bestehenden und zu erwartenden Hindernisse tatsächlich so Klima schützend vollziehen kann, wie es diesem Modell vorschwebt. Ein bedeutender Faktor ist dabei der Rebound- oder Bumerang-Effekt der Effizienz-Technologien,

<sup>20</sup> Fücks 2011

<sup>21</sup> 2011, 46

<sup>22</sup> Jaeger 2011a

der beträchtliche Teile der Energie- und Materialeinsparungen durch Mehrverbrauch wieder aufhebt.<sup>23</sup> Vor allem aber behandelt die Studie nur die durch Innovationen wachsenden Sektoren der Wirtschaft, nicht aber die um der Nachhaltigkeit willen schrumpfenden Bereiche und Unternehmen. Gewiss wächst etwa die Wind- und Solartechnik; aber ihr Wachstum wird weitgehend ausgeglichen durch das Ende der Atomtechnik und das Schrumpfen der Kohletechnik. Und wenn Autos kleiner und sparsamer werden müssen, fördert auch das nicht das grüne Wachstum des Bruttoinlandproduktes. So leistet die Studie ihren Beitrag zu der unausweichlichen Umgestaltung des Wirtschaftssystems, ohne die These zu entkräften, dass die technologische Erneuerung nur im Verein mit einschneidenden Verhaltensänderungen und dem mit ihnen verbundenen Minderbedarf an Produkten den Klimawandel zum Guten wenden kann.

Wenn die hier vorgetragene Analyse zutreffend ist, werden die Industrieländer, und mit ihnen Deutschland, nicht vor der Frage stehen, ob und, wenn ja, um welchen Preis sie ein Probleme lösendes Wirtschaftswachstum erreichen wollen. Sie werden sich vor der Situation finden, dass auf Wirtschaftswachstum kein Verlass ist, ja, dass es auch ohne Wirtschaftswachstum gehen muss. Und die Aufgabe wird sein, sich diesem Unabwendbaren nicht als einem feindlichen Schicksal zu unterwerfen sondern es aktiv zu gestalten. Das ist die vierte Lernaufgabe.

### Der Wertewandel braucht die Politik

D. Zu lernen ist, die schwindenden Möglichkeiten, Probleme durch den Einsatz höherer Finanzmittel (also durch Geldschöpfen oder Schulden machen) zu verschieben, nicht als ein Verhängnis zu erleiden sondern mit alternativem Handeln aktiv zu gestalten, und diese Aufgabe zwar auch als einen Aufruf zur Veränderung des

persönlichen Lebensstiles zu verstehen, in erster Linie aber als einen der ganzen Gesellschaft gestellten Auftrag anzugehen. Diese gemeinsame Aufgabe ist freilich je nach den Lebensumständen mit höchst unterschiedlichen Verpflichtungen verbunden.

### Ein neues Verständnis von Wohlstand ...

Die mit diesem Lernfeld gestellte Frage wird üblicherweise unter dem Leitwort kultureller Wandel oder Wertewandel diskutiert und steht dann in einem engen Zusammenhang mit dem, was von der Antike bis heute als das rechte Maß, als das gute Leben bedacht worden ist. In der Maxime, die vermutlich über dem Tempel von Delhi stand, hat diese Lebenskunst ihre schlüssige Form gefunden: Von nichts zuviel. Ein neues Verständnis von Wohlstand ist damit gesucht, bei dem die materiellen Werte in ihrer Bedeutung zurückweichen und dafür die immateriellen Werte des Lebens hervortreten. Mit ihnen kehrt Bedachtsamkeit zurück, Selbstbegrenzung wird als Gewinn erfahren. Simplify your life! ist eines der Lösungsworte. Vorrang gewinnen gerade die intrinsischen Motive des Handelns. Intrinsisch (von innen) wird Handeln genannt, das nicht auf von außen kommende Reize reagiert wie Belohnungen oder Drohungen, vielmehr aus eigenem Antrieb erfolgt, aus einem inneren Wunsch, das also um seiner selbst willen geschieht und darum auch seinen Sinn wie seinen Gewinn in sich selbst trägt: Ich tue etwas, weil ich es tun möchte, weil ich es für richtig, für wichtig, für gut halte, weil ich mich in ihm selbst verwirkliche.

Ein begrenzter Teil der Bürgerinnen und Bürger eines Landes wie Deutschland kann in diesem Wertewandel eine Identität finden, die ihren Einsichten in die Bedrohtheit unserer Welt entspricht. Diese Menschen werden materiellen Wohlstand nicht verdächtigen wie der Fuchs, dem die hoch hängenden Trauben zu sauer sind, aber sie werden erproben, dass vieles zu Ent-

<sup>23</sup> Santarius 2012

deckende, was an die Stelle der Erlebnismöglichkeiten materiellen Konsums treten wird, das Leben nicht ärmer macht, seine Freuden nicht schmälert, und ein sinnerfülltes Tun mit Erfüllungen belohnt, die den Vergleich mit dem, was aufzugeben war, nicht scheuen müssen. Dafür gibt es, wie noch zu zeigen ist, genug Belege.

### **... und ein Bonus für die sozial Schwachen**

Jedoch ist zweierlei zu bedenken: Einmal stehen schon bei Menschen mit genug Lebensspielraum hohe Hürden vor der Bereitschaft, diese neuen Identität zu suchen. Das wird im nächsten Kapitel zu besprechen sein. Und zweitens hat ein großer und wachsender Teil der Bevölkerung die Freiheit zur Veränderung gerade nicht, weil ihm durch Geldmangel und berufliche oder soziale Einengung nahezu jeder Bewegungsraum fehlt. Gemeint sind die Menschen, die durch die zu erwartende Verteuerung des Lebens nicht nur in der Teilhabe an Menge und Häufigkeit der materiellen Kultur eingeschränkt werden, sondern denen der Anstieg der Lebenshaltungskosten die Existenzgrundlage zerstören würde. Das gilt für einen großen Teil der Rentner, der Arbeitslosen, der Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen und in verschiedenartigen Zwängen. Eine Anmutung zum Wertewandel, eine Einladung zur Selbstbegrenzung verkennt ihre Lebenssituation und mag ihnen als ein Hohn auf ihre bedrängte Lage erscheinen. Ihnen darf nicht auferlegt werden, was sie nicht tragen können. Schon an dieser Stelle ist darum zu sagen, dass die sozial Schwachen einen ausreichenden Bonus in Gestalt von Ausgleichszahlungen erhalten müssen für die ökologischen und sozialen Belastungen, die der ganzen Gesellschaft auferlegt werden.

Auch aus diesem Grund ist eine Kultur der Nachhaltigkeit vor allem eine eminent politische Aufgabe. Politisch gesetzte Anreize, Beschränkungen und Verbote müssen den Rahmen abstecken, in dem um des Gemeinwohls willen die freie Gestaltung des Lebens möglich ist. Davon ist in Kapitel drei zu sprechen.

Noch einmal: Zu lernen in Deutschland ist nicht der Aufschwung am hohen Reck der Innerlichkeit. Zu lernen ist nicht freiwillige Kargheit und auch nicht Bedürfnislosigkeit. Zu lernen ist, in ein bescheideneres Leben einzuwilligen und Lebensfreude und Lebenssinn mehr als gegenwärtig aus dem zu ziehen, was nur Menschen sich selbst und einander geben können. Maßvoller Konsum und geldwerte Erlebnisse bleiben ein erwünschter Teil des Lebens; aber viel mehr als gewohnt ist das, was Lebensgenuss bewirkt und Lebensglanz verleiht, als von Geld unabhängig zu erfahren.

### 3 Was einer lernenden Gesellschaft im Wege steht

#### *Was ist soll bleiben*

Eindrücklich sind die Energien, die den gesellschaftlichen Wandel behindern und den Beharrungskräften ein Schwergewicht verleihen. Da ist einmal die Normativität des Faktischen. Was ist soll bleiben. Die Industriegesellschaften haben einen in der Menschheitsgeschichte einzigartigen Massenwohlstand hervorgebracht. Und in der Tat: Die Lebensmöglichkeiten heute sind beeindruckend: Von Essen, Trinken, Kleidung und Wohnen über Reisen, Sport, Unterhaltung, Hochkultur bis hin zur High-Tech. Das alles ist mit Geld verbunden und, so wie es heute angeboten wird, auf Geld angewiesen. Die Mehrheit der Bevölkerung hat darum ihrer eigenen Einschätzung nach viel zu verlieren. Das stärkt den Beharrungswunsch: Möglichst wenig soll sich ändern. Das jetzt Erreichte kräftigt seine Autorität dadurch, dass seine Fürsprecher es mit der frohen Botschaft der Erneuerung des Bestehenden verteidigen und gleichzeitig den Suffizienz-Gedanken als Abstieg, als Verlust des guten Lebens darstellen. Wer will schon „zurück in die Steinzeit“? Wer will sich schon Bescheidung, gar Kargheit vorhersagen lassen, wo doch innovative Technik die gereinigte Fortsetzung des errungenen Lebensstandards verspricht. Der technologische Wandel verheißt eine Lösung, die nichts oder doch nur wenig kostet; er verspricht die Jahrhundertprobleme zu beheben ohne Veränderungsnotwendigkeit.

#### *Das Patchwork der Lebensstile*

Dagegen ist nicht leicht anzukommen. Erst recht nicht, wenn der Beharrungswunsch unterfüttert wird von den bekannten Abwehrmöglichkeiten ungeliebter Veränderungen. Da ist der oft untersuchte Abstand zwischen Wissen und Handeln, für unseren Zusammenhang sichtbar in der Differenz zwischen Umweltbewusstsein und Umwelthandeln. Fast zwei Drittel der Befragten finden Umweltschutz wichtig, aber nur 8 Prozent beziehen Ökostrom, kaum mehr als 1 Prozent leisten beim Fliegen Ausgleichszahlungen für ihre Klimagase. Da sind

die teils berechtigten teils vorgeschobenen Gründe, sich Anforderungen an eigenes Handeln zu entziehen oder anderen Menschen das Handeln zuzuschreiben: Ja, grundsätzlich wohl, nur jetzt gerade passt es nicht; Ja, wenn es alle täten, wäre ich dabei. Aber allein oder mit nur so wenigen? Ja, aber da müssten wohl erst einmal andere anfangen. Weiter: Die wenigsten Menschen folgen in ihrem Handeln einer einheitlichen Orientierung. Fast alle wählen aus dem vorhandenen Angebot an Normen, an Handlungsanleitungen das aus, womit sie sich in ihrem Leben zurechtfinden und was ihnen bekömmlich erscheint. Unsere Lebensstile haben Patchwork-Charakter, wie Fritz Reusswig das treffend genannt hat.<sup>24</sup> Dabei entstehen Unentschiedenheiten und Widersprüche zwischen Einsichten und Wünschen und zwischen Wünschen und konkurrierenden Wünschen (etwa zur CO<sub>2</sub>-Minderung beizutragen und doch in den Urlaub zu fliegen. Etwa als Eltern die Kinder vor Verkehrsgefahren zu schützen und als Autofahrer ohne Tempolimit voranzukommen usw.). Nachhaltigkeit ist als ganzheitliche Vorstellung noch nicht realitätsgerecht. Dieselben Menschen zeigen Betroffenheit und Indifferenz, sind beunruhigt und leicht wieder besänftigt, verändern einiges in ihrem Leben und anderes nicht, folgen manchmal ihrer Einsicht, und ein anderes Mal folgen sie ihr eben nicht. Das ist ein vielfach bestätigter Befund.<sup>25</sup>

Das bisher Besprochene ist die Art und Weise, wie Menschen sich wohl zu allen Zeiten in der Welt eingerichtet haben. Zu ihr gehört auch, dass die, die Macht haben, sie verteidigen, und die, die Privilegien besitzen, sie schützen möchten gegen Wandel, der sie gefährdet. Daraus entstehen klare Blockaden gesellschaftlicher Veränderung, mächtig, aber erkennbar und deshalb auch mit stärkeren Kräften oder aus der Notwendigkeit heraus zu bezwingen.

<sup>24</sup> Reusswig 1994

<sup>25</sup> Eine ausführliche Darstellung und Beurteilung von Barrieren eines sich selbst begrenzenden Lebensstiles bei Stengel 2011, 181 ff.

### **Faszination des Güterwohlstandes**

Schwieriger sind andere Widerstände zu überwinden. Unsere Antriebe sind tief fundiert in den Leitvorstellungen unserer Kultur und in unserem Wertekanon. Ich nenne drei solcher Prägungen: die Faszination des Güterwohlstandes, den Fortschrittsgedanken und noch einmal die Vorstellung eines unbegrenzten Wachstums. Die anhaltende Faszination des Güterwohlstandes beeindruckt mich immer wieder, an mir selbst nicht weniger als an anderen. Etwas kaufen, etwas sein eigen nennen, etwas sich leisten können, das hat eine ungeheure Anziehungskraft und behält sie offenbar von der frühen Kindheit bis ins Alter. Ernsthaftem Nachdenken wird natürlich klar, wie viele der wichtigen Dinge des Lebens mit Geld wenig oder nichts zu tun haben, mit Geld auch gar nicht zu erreichen sind. Das werden nahezu alle Menschen zugeben und doch Geld und Güter ersehnen und viel daran setzen, sie zu vermehren. Auch unter denen, die mehr als genug zum Leben haben, bleibt das Streben erstaunlicherweise mit der Vergrößerung des Güter-Wohlstandes verbunden. (Je mehr die materielle Sättigung erreicht ist, desto wichtiger werden die symbolische Bedeutung der Güter und ihr Preis.) Nun wird zwar erkennbar, dass die meisten von uns auf die Vergrößerung ihres materiellen Wohlstandes kaum mehr hoffen können. Umso mehr richtet sich ihr Bestreben darauf, dass ihre Möglichkeiten nur ja nicht kleiner werden.

### **Fortschrittsdenken**

Dann der Fortschrittsgedanke. Aus der christlichen Religion stammt die Vorstellung, dass das Weltgeschehen nicht einer statischen Ordnung folgt, auch nicht einen Kreislauf vollzieht, vielmehr in einer gerichteten Bewegung verläuft, dass es eine Geschichte hat, dass es diese Geschichte ist und fortschreitet auf ein Ziel hin, das als Gericht und damit als Ende, aber auch als neuer Anfang, als Beginn der Unendlichkeit gedeutet wird. Bis in die Neuzeit hinein liegt das erwartete Neue außerhalb dieser Welt. Aber mit dem Zeitalter der Entdeckungen, mit den großen Erfolgen der Wissenschaft, mit dem Aufstieg des Bürgertums verblasen die Jenseitserwartungen und die Hoffnungen richten sich

in diese Welt hinein auf eine bessere Zukunft. Sie gelten nun der Fortentwicklung von Mensch und Gesellschaft. Die Selbstvergewisserung des Menschen in der Aufklärung, die Trias Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit der Französischen Revolution, sie werden die Leuchtfener des Fortschrittsdenkens und bleiben es bis heute.<sup>26</sup> Mag im 20. Jahrhundert mit seinen beiden Weltkriegen, dem Holocaust, den globalen Gefährdungen der Fortschrittsglaube erodieren, mag die Kulturkritik die inneren Widersprüche des Fortschrittsdenkens zeigen – in zwei zentralen Lebensbereichen hat sich der Fortschrittsglaube fast unerschüttert erhalten: in Technik und Ökonomie. Beide, Technik wie Ökonomie, werden weiterhin vom Fortschrittsdenken regiert und vom Versprechen einer besseren Zukunft, und beide bestimmen in hohem Maße den Zeitgeist. Wie sehr auch heute noch die Zukunftserwartung vom Fortschrittsdenken bestimmt ist, zeigen etwa die Energie-Szenarien, von denen im ersten Abschnitt die Rede war. Sie lassen ein ungestörtes Vertrauen in das Gelingen einer technologischen Revolution erkennen.

Der Fortschrittsglaube hat diese magnetische Anziehungskraft, weil er den Menschen größer zu machen verspricht, weil er seine Fähigkeiten und Kräfte zu entfalten verheißt, und auch, weil er Wandel ohne Umkehr zusichert. Die schöpferische Herausforderung liegt dann in der Überwindung von Grenzen, nicht im kreativen Umgang mit ihnen. Auf dieser Grundlage entsteht im ökologischen Denken die Faszination des Win-Win-Gedankens, des doppelten Gewinnes, einer von Nachhaltigkeitsdenkern immer wieder beschworenen Figur, der zufolge der Schutz der Natur gleichzeitig dem Menschen noch einmal einen Zugewinn beschert. Trotz seines begrenzten Rechts ist das Win-Win-Denken verführerisch, weil es einen durch Anstrengung erreichbaren Mehrertrag verspricht und dabei vergessen macht, dass die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen auch Bescheidenheit erfordert und nicht ohne eine Selbstbegren-

<sup>26</sup> Matthias Zimmer hat für die Enquetekommission des Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ Bedeutung und Wandel des Fortschrittsdenkens erhellend dargestellt. Kommissionsdrucksache 17(26)29.

zung der Ansprüche des Menschen an die Nutzung der Natur gelingen kann, also nur mit einer Einsicht erreichbar ist, die angesichts der gegenwärtigen Übernutzung und Überforderung der Natur im Begriff des Verzichtes am klarsten zum Ausdruck kommt. Verzicht aber ist für das Fortschrittsdenken ein Unding. Darum ist auch die Selbstbegrenzung so unwillkommen. Gegenüber dem Fortschritt in eine offene helle Zukunft erscheint Suffizienz dann als freiwillige Rückkehr in eine beschränkte düstere Vergangenheit. Es wird nicht leicht sein, dieses Kontrast-Denken aufzulösen. Am besten gelänge es, ließe sich das Leitbild des Fortschritts auf das Zusammenleben hin umwidmen und dabei von Geld und Technik lösen.

### ***Noch einmal das Wirtschaftswachstum***

Schließlich ist noch einmal die Vorstellung eines unaufhörlichen Wirtschaftswachstums zu betrachten. Fortschrittsglauben und Wirtschaftswachstum sind für viele Menschen heute wie siamesische Zwillinge. Wirtschaftswachstum ist die ökonomische Gestalt des Fortschritts. So erklärt sich, warum die Idee permanenten Wirtschaftswachstums die mentalen Infrastrukturen der Moderne tief geprägt hat und weiterhin prägt. Harald Welzer hat gezeigt, wie tief Wirtschaftswachstum und mit ihm das Versprechen materiellen Wohlstandes unsere Kultur durchdrungen hat. Für den Wachstumsglauben ist die Gegenwart der Transit in die Zukunft, in eine Welt, die von allem noch mehr als heute bereithält. Eine Gesellschaft, die so denkt, bewältigt die Zukunftsprobleme nicht etwa durch Anpassung der Bedarfe sondern durch ausgreifende Strategien, durch Wachstum eben. Wird das Öl weniger, wird tiefer gebohrt; wird das Wasser knapp, wird das Meer entsalzt. Geht den Flugzeugen der Treibstoff aus, wird statt Nahrungsmittel Biomasse angebaut.<sup>27</sup> Wir sind imprägniert mit der Kultur der Machbarkeit; darum haben die Anwälte des Prinzips „Weiter so und noch besser als bisher“ auch bei der Mehrheit so offenes Gehör.

Insgesamt also eine eindruckliche Phalanx der Beharrungskräfte: der Wunsch, den erreichten Lebensstandard zu erhalten, das Patchwork der Lebensstile, die Dominanz der kulturellen Leitwerte von Fortschritt, Güterwohlstand, Wachstum, das Abschieben persönlicher Verantwortung. Ist überhaupt gegen diese Barrieren anzukommen? Können angesichts dieser Kräfte Gesellschaften wie die in Deutschland Nachhaltigkeit lernen? Ich versuche eine Antwort, und zwar eine bejahende.

---

27 2011, 34 f.

## 4 Eine Antwort<sup>28</sup>

### *Einstellungswandel – ein Modell*

Der Soziologe Ferdinand Tönnies hat schon 1922 ein Modell vorgestellt, an dem sich Einstellungswandel gut klarmachen lässt. Einstellungen, so sagt Tönnies, treffen wir in drei unterschiedlichen Aggregatzuständen an. Aggregatzustand ist als das Maß verstanden, worin ein Mensch in seiner Ansicht mit sich einig ist. Es gibt feste, flüssige und gasförmige Einstellungen. Zu den ersten zählen die felsenfesten Überzeugungen, alles das, wovon ein Mensch erfüllt und durchdrungen ist, z.B. sein Glaube, aber auch die glaubensähnlichen kulturellen und sozialen Urteile und Vorurteile. Zur flüssigen Meinung gehört die Macht der Gewohnheit, die Bequemlichkeit des Vertrauens auf das Vorgesagte und Vorgeschiedene. Die dunst- oder gasförmige Meinung ist das, was nur einen geringen Grad von Gewissheit hat und darum zur Disposition steht. Veränderungen der Aggregatzustände ergeben sich, wenn Erschütterungen eintreten, wenn widersprechende Erfahrungen gemacht werden und die Meinungen, gewissermaßen durch Erwärmung, in Bewegung geraten. Dabei wird sich eine Meinung in aller Regel nur von einer zur nächsten Stufe verändern. Die feste kann zur flüssigen werden, die flüssige zur gasförmigen, und erst die kann verdunsten oder sich neu formieren.

Das Modell erklärt die Einstellungsveränderung als einen Prozess, bei dem Anstöße von außen und eigenes Verarbeiten zusammenwirken. Niemand wird einem Menschen ausreden können, was der für seine Überzeugung oder gesicherte Erfahrung hält. Fühlt er sich bedrängt, wird er sie eher noch verstärken. Wohl aber kann man feste Überzeugungen lockern durch Hinweis auf Widersprüche, auf unerwünschte Folgen, auf andersartige Erfahrungen, durch Gegenargumente und sie damit mehr und mehr verflüssigen, sie also in jenen Zustand bringen, in dem sie dem Zweifel Zutritt gestatten. Und erst, wenn

sie dadurch relativiert und damit entbehrlich werden, können sie einer als richtiger empfundenen Meinung weichen.

Dieses Schema ist zur Charakterisierung persönlichen Meinungswandels erstellt worden. Aber es enthält, denke ich, ebenso zutreffende Beschreibungen gesellschaftlichen Lernens, in dem ja eine Vielzahl unterschiedlicher Einflüsse aufeinander und auf Menschen einwirken. Ich möchte drei Motive besprechen, von denen sich Menschen in ihren fest gefügten Auffassungen erschüttern lassen und zu Veränderungen locken oder auch drängen lassen: die Aussicht auf Gewinn, die Angst vor Verlust, die Einsicht in die Unausweichlichkeit der Veränderung.

### *Aussicht auf Gewinn*

Zunächst die Aussicht auf Gewinn. Die Aussicht auf Gewinn an Geld oder Geldwert ist in einer Fortschritts- und Wachstumsgesellschaft wohl der stärkste Treiber persönlicher und sozialer Veränderung. Dennoch: Soviel Einsicht hat uns ja erreicht, dass für die große Mehrheit der Menschen in den Industrieländern nicht mehr viel hinzuzugewinnen ist, und dass schon viel gewonnen wäre, wenn sich der erreichte Lebensstandard erhalten ließe, sprich: wenn wenigstens der Inflationsausgleich gelänge. Auch die persönlichen Karrieren werden unsicher und gebrochen. Und so meldet sich ein anderes Verständnis von Gewinn zu Wort: eine Bewegung weg vom Vorrang des Güterwohlstandes und hin zu Zeitwohlstand und Beziehungswohlstand. Güterwohlstand und Zeitwohlstand erklären sich selbst. Beziehungswohlstand richtet sich auf den sozialen Lebensraum, in dem ich mich bewege, darauf, dass ich angenommen bin und mich zugehörig fühlen kann, dass mir gute soziale Beziehungen gelingen, dass ich für sie Zeit und Aufmerksamkeit habe. Es gibt Einzelne, auch Gruppen und Initiativen, die dieses Verständnis von Gewinn und Wohlstand leben und auch dafür werben. Gewinn ist für sie, sich aus dem Hamsterrad der Status-Vergleiche zu lösen und ihrem Leben Eigenwert zu geben. Für eine lernende Gesellschaft ist dieser Aufbruch unentbehrlich. Nur: Eine Mehrheitsbewegung wird er voraussichtlich nicht werden. Die freiwillig

<sup>28</sup> Zu den Strategien gesellschaftlicher Veränderung gibt es eine ausgebreitete Literatur, zusammengefasst und weitergeführt von Kristof 2010a und b. Dieses Kapitel sucht nach den tragenden Motiven.

Veränderungsbereiten bilden in unserer Gesellschaft eine Minderheit von 5 bis 10 Prozent, und sie sind vor allem in den sozialen Mittelschichten zu finden.<sup>29</sup> Die Hoffnung jedenfalls, hier entstünde eine große Bewegung, die die zu Anfang genannten Lernaufgaben in die Breite der Gesellschaft tragen könnte, hat sich bisher nicht erfüllt und bleibt auch für die vorhersehbare Zeit unwahrscheinlich.

### **Angst vor Verlust**

Das zweite Motiv für Offenheit zur Veränderung ist Verlustangst. Auch Verlustangst hat eine doppelte Prägung. Einmal ist sie Angst vor materiellen Einbußen. In den Industriegesellschaften hat die große Mehrheit der Bevölkerung einen materiellen Lebensstandard erreicht, wie ihn in früheren Epochen nur kleine Oberschichten gekannt haben. Diese Mehrheit hat darum ihrer eigenen Einschätzung nach viel zu verlieren. Aber mehr und mehr kreuzt sich dieser Wunsch, das Erworbene zu behalten, mit einer ganz anderen Verlustangst. Sie sieht nicht nur den materiellen Überschuss des Lebens bedroht sondern die Basis des Lebens selbst. Gemeint ist die Sorge, das zum Leben Notwendige zu verlieren einmal durch Armut, aber doch auch durch Naturkatastrophen, Stürme, Fluten, Dürren, durch ein lebensfeindliches Klima, durch soziale Unruhen, wie sie England und Frankreich schon heimgesucht haben, durch Kämpfe und Kriege um Wasser, um Nahrung, um Ressourcen, um Arbeit; die Sorge also um Streit, dessen Täter und Opfer auch wir werden können. Diese Verluste scheinen für die Länder Mitteleuropas noch in der Ferne zu liegen; aber sie werfen schon ihre Schatten in unser Leben, und immer mehr Men-

schen haben wenigstens eine Ahnung davon, dass wir uns auf diese Bedrohungen einstellen müssen, dass wir etwas gegen sie tun müssen und auch können, dass wir global mehr Klimagerechtigkeit und mehr Lebens-Gerechtigkeit brauchen, dass wir teilen, dass wir abgeben müssen, wenn wir selbst in Frieden leben wollen. Diese andere Verlustangst ist eine konstruktive Angst, weil sie zu klugem Handeln anleitet. Rolf Haubl, der Direktor des Sigmund-Freud-Instituts in Frankfurt, rät uns zum Mut zur Angst. Wir brauchten Mut zur Angst, um die Gegenwart von der aufs Spiel gesetzten Zukunft her zu denken.<sup>30</sup> Diese Angst oder besser diese Einsicht ist gegenwärtig noch schwächer ausgeprägt als die Angst vor der Minderung des Güterwohlstandes; aber das mag sich bald ändern, und dann kann die Einsicht in die Gefährdung der Lebensbasis zu einem wichtigen Agenten einer lernenden Gesellschaft werden.

### **Der soziale Antrieb**

Fast alle Menschen übernehmen in ihrem unmittelbaren Umfeld bereitwillig soziale Verantwortung. Darüber hinaus beteiligt sich mehr als ein Viertel der erwachsenen deutschen Bevölkerung ehrenamtlich an Gemeinschaftsaufgaben, zumeist in Gruppen und Vereinen. Auch hier vollzieht sich ein Wandel. Der Blick weitet sich über die persönlichen Belange hinaus zum Wohlergehen der Gesellschaft und über die Nächsten hinaus zu den Ferneren, sowohl den jetzt als auch den nach uns Lebenden. Die Einsicht, dass wir den kommenden Generationen die Welt lebenswert erhalten müssen und auch wollen, nimmt zu mitsamt der Folgerung, dass das Abstriche an der eigenen Inanspruchnahme der Natur einschließt.

Alle diese drei Lernmotive sind unentbehrlich. Aber der umfassendere Gewinnwunsch wie der Mut zur Angst wie der soziale Impetus sind allein oft nicht stark genug. In schwierigen Situationen halten sie den im zweiten Kapitel besprochenen Hemmnissen und Widerständen nicht stand oder bleiben als Handlungsantriebe zu schwach. Stark, wirksam werden sie, weil sich ihnen schon

29 Jürgen Wittpoth, ein ökologienaher Erwachsenenbildner, hat die Veränderungsbereiten so beschrieben: Veränderungsbereitschaft gehört am ehesten in der sozialen Mittelschicht zum Gebräuchlichen und sozial Anerkannten. Es sind Menschen, die mehr Zugang zu kulturellem als zu ökonomischem Kapital haben, denen luxurierender Konsum als Niveau schädigend gilt und für die Unbekanntes, Fremdes und Fernes zur gewünschten Bereicherung des Lebens gehört. Nicht ihr Verantwortungsbewusstsein zeichnet diese Gruppe aus. Es ist anders: Die Handlungsimpulse ihrer Lebenswelt sind einer umweltgerechten Lebensweise relativ nahe und mit ihr vereinbar.

30 mündliche Mitteilung

bald ungerufen ein viertes Lernmotiv unterlegen wird. Es ist für den ersten Blick das unscheinbarste, aber ich halte es für das Wichtigste. Es ist nichts freiwillig Gewähltes sondern etwas unseren Gesellschaften Widerfahrendes.

### **Die Stärke des Unausweichlichen**

Gemeint ist die Unausweichlichkeit des Wandels unserer Lebensstile dadurch, dass die große Mehrheit der Bevölkerung schon bald mit deutlich weniger Mitteln wird auskommen müssen. Die Gründe dafür sind in Abschnitt 1 benannt. Sicher, auch der Wunsch nach sozialem Gewinn wird uns leiten, auch die produktive Verlustangst wird uns antreiben, und ebenso werden uns die Ansätze zur eigenen Gestaltung des Lebens anspornen; aber mehr noch wird uns die Anerkennung der Unabwendbarkeit dieser Bescheidung verändern: Was auf uns zukommt, was wir schon mitzerleben beginnen, ist unausweichlich. Wenn die im ersten Abschnitt vorgetragene Darstellung der vor uns liegenden Belastungen und Aufgaben zutrifft, wenn also die Klimastörungen zunehmen und uns die Notwendigkeit auferlegen zu handeln, wenn die Kosten für Ernährung und Wohnen, für den Erwerb energie- und ressourcenintensiver Produkte und Dienstleistungen ansteigen werden, wenn auch die Verpflichtungen der Industrienationen und damit ihrer Bürger steigen werden, für ein den Frieden ermöglichendes Mindestmaß an internationaler Solidarität Leistungen zu übernehmen, dann werden die Kosten des Lebens und Wirtschaftens deutlich steigen, und die allermeisten Menschen in diesem Land werden einen wachsenden Anteil ihrer Einkünfte benötigen, um die Grundbedürfnisse ihres Lebens zustillen. Und das bedeutet auch, dass ein Teil der Ereignis- und Erlebniskultur wie des Gütererwerbs, die bisher so viel zum Wirtschaftswachstum beigetragen haben, schwinden wird, wohl nicht in einer jähen Veränderung sondern allmählich und in verträglichen Portionen. Dass dieser Wechsel nach und nach erfolgt, darauf ist dringend zu hoffen; denn dann haben Haushalte wie Unternehmen Zeit, sich die Situation verständlich zu machen, sich umzustellen, die Einbußen zu verarbeiten, und gleichzeitig können die Menschen den Gewinn an Zeit, an Eigentätig-

keit, an sozialen Beziehungen, der dann möglich wird, sich zu eigen machen und nutzen.

Die Aufgabe heißt darum, diesen Wandel anzunehmen als die Bedingung der Zukunftsfähigkeit. Für viele in unserem Land ist diese Eingrenzung ihrer finanziellen Möglichkeiten nichts Ungewohntes. Für einen beträchtlichen Teil der Lohn- und Gehaltsempfänger setzt sich damit fort, was sie im Jahrzehnt zwischen 2000 und 2010 ohnehin schon erfahren haben. Bereits in dieser Dekade ist für viele der Anstieg der Bruttoverdienste deutlich hinter dem der Preise zurückgeblieben.<sup>31</sup>

### **Vom Hinnehmen zum Annehmen**

Diese Bescheidung kann durchaus gelingen. Auf das, was sie als unumgänglich erfahren, stellen sich die allermeisten Menschen ohne größere Widerstände ein – unter zwei Voraussetzungen: Was ihnen abgefordert wird, muss einsichtig begründet sein, und es muss alle treffen je nach ihrer Leistungsfähigkeit. Das freilich ist entscheidend: Die Notwendigkeit der Einbußen muss erkennbar sein, und die Lösung muss solidarisch sein. Das letztere verlangt inzwischen Umverteilung. Da ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung von den neuen Belastungen überfordert sein wird, ist der soziale Ausgleich eine der wichtigsten politischen Aufgaben in der kommenden Zeit.

Ist der soziale Ausgleich gesichert, werden sich die allermeisten Menschen die Veränderung ihrer Lebensumstände gefallen lassen. Noch einmal: Was als notwendig erkennbar wird und was alle trifft entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, damit finden sich die allermeisten Menschen ab. Sie werden die Konsequenzen einer die Natur erhaltenden und den Frieden ermöglichenden Politik hinnehmen, nicht wenige werden eine

<sup>31</sup> Tarifpolitischer Jahresbericht 2011 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts

solche Politik anerkennen oder sogar fordern. Das Rauchverbot ist dafür ein Beispiel. Für Raucher ist es eine große Einbuße. Aber die Schädlichkeit des Rauchens ist inzwischen so unwiderleglich erwiesen, dass der Wunsch, überall rauchen zu können, zurückstehen musste. Und zwar hat nicht die Selbstschädigung den Ausschlag gegeben – die eigene Gefährdung neutralisieren die meisten Raucher mit dem Hinweis auf den 90-jährigen Onkel mit seinen zwei Schachteln pro Tag oder auf die Statistik, der zufolge die meisten Unfälle bei der Hausarbeit passieren. Nein, es war die Schädigung der anderen durch Passivrauchen, die das Rauchverbot unausweichlich machte. Es war in der Gesellschaft nicht länger zu tolerieren, dass Menschen um ihre Gesundheit gebracht werden, weil sie sich den Schädigungen nicht entziehen können.

Freilich, auch dann ist das Annehmen des Unvermeidlichen kein Selbstläufer. Uneinsicht und Widerstand können den geordneten Wandel gefährden und den sozialen Frieden empfindlich stören. Ob also früh genug Einsicht entsteht, ob dieser Einsicht stattgegeben wird, das entscheidet darüber, ob wir die Entwicklungen in eine neue Ordnung lenken können, oder ob die Veränderungen uns überrollen und Chaos verursachen.

### **Vom Zusammenwirken der Kräfte ...**

Nun geht es im Lernen der Nachhaltigkeit gewiss um weit mehr als beim Rauchverbot. Umso wichtiger ist das Zusammenwirken der Kräfte und die größtmögliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Der Abschlussbericht der von der Bundesregierung eingesetzten Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung hat als seine Kernaussage formuliert, die Energiewende in Deutschland könne nur als Gemeinschaftswerk von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelingen. Auch das Hauptgutachten 2011 des WBGU, das dem gesellschaftlichen Wandel zur Nachhaltigkeit gewidmet ist, bespricht ausführlich das politische Instrumentarium, die Strategien und Akteure der Transformation zur Nachhaltigkeit. Es erkennt in allen Teilen der Welt einen messbaren Wertewandel hin zur Langfristigkeit und zur Zukunftsfähigkeit und rechnet mit unerwar-

teten Dynamiken und aus ihnen entstehenden Kippunkten, ein Begriff, der bisher für die nicht mehr kalkulierbaren Bedrohungen jenseits der 2°-Grenze benutzt wurde, hier jedoch für die erhoffte Selbstdurchsetzung der Bewegung zur Nachhaltigkeit steht. Widerstände nehmen ab, Entscheidungsträger werden ermutigt, der Transformationsprozess beschleunigt sich. Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft schließen einen neuen Gesellschaftsvertrag und eröffnen so die nachhaltigen Entwicklungspfade. Ein starker Staat reguliert und steuert den Prozess, die erweiterte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger balanciert und legitimiert ihn.

### **... und von ihrem Eigenrecht**

So dringend all dies zu erhoffen ist, kann doch das Gemeinschaftswerk nur gelingen, wenn in der Transformation der Gesellschaft nicht nur Politik und Wirtschaft das Sagen haben, sondern auch die aktiven Teile der Gesellschaft an den Entscheidungsprozessen beteiligt sind, wenn also die drei Träger dieser gemeinsamen Unternehmung in ihren jeweils eigenen Funktionen gewürdigt werden. Nur wenn von allen anerkannt wird, was sie als ihre unterschiedlichen Sichten und divergierenden Interessen mit ins Spiel bringen, kann eine solche konfliktreiche Gemeinsamkeit gelingen.

In diesem Aufsatz geht es dabei vor allem um die sich in der Gesellschaft bildeten Kräfte des Wandels zur Nachhaltigkeit und ihren Einfluss auf das Geschehen. Was die Transformation dieser Gesellschaft in ein nachhaltiges Gemeinwesen angeht, so gibt es bereits eine Fülle von Anfängen, von Vorhuten, von Pilotprojekten. Sie reichen von den Lovos, den Anhängern eines Lifestyle of voluntary simplicity, über die Tauschringe und Regionalwährungen, über kommunale und genossenschaftliche Gemeinschaftsprojekte, über das Town-Transition-Movement, über die Organisation von Kampagnen bis zur organisierten Zivilgesellschaft, und hier wieder vom BUND bis zu Greenpeace.<sup>32</sup>

<sup>32</sup> Siehe jetzt auch futurzwei. Stiftung Zukunftsfähigkeit. <http://futurzwei.org/>: <http://nachhaltigewissenschaft.blog.de>

### Grenzen des kulturellen Wandels

Alle diese Initiativen, für die die genannten nur Beispiele sind, sind wichtig als Anreger, Aufreger, Treiber, Sachwalter, Mutmacher. Nur dürfen sie nicht mit überhöhten Erwartungen befrachtet werden. Ihre Fermentierung der Gesellschaft mit neuem Denken und neuen Erfahrungen ist unentbehrlich. Aber die Akteure dieser Lebenspraxis gehören zu einem Milieu, das nur wenige Prozent der Gesellschaft umfasst. Lange Zeit bestand hier die Hoffnung, Bescheidenheit und Maß werde sich als Kulturwandel durchsetzen. Gemeint ist, dass die immateriellen Werte des Lebens besser verstanden und höher geschätzt werden, dass Bedacht und Langsamkeit einkehren, dass Selbstbeschränkung als Gewinn erkennbar wird. Und was die gesellschaftliche Einbettung dieses Wandels betrifft, so stärkte sich diese Erwartung an dem Bild, wie aus dem Schneeball der Schneemann wird. Da ist eine Avantgarde, eine Vorhut, die erkennt, was nötig ist und tut es. Also, einige beginnen damit, zukunftsfähig zu produzieren und zu leben, andere schließen sich an, die Zahlen werden größer, eine Bewegung entsteht und schließlich wird die kritische Masse erreicht, die eine dauerhafte gesellschaftliche Veränderung in Gang setzt. Nur: Diese Erwartung hat sich bisher nicht erfüllt. Sie wird auch weder von der eigenen Erfahrung noch von soziologischen Befunden gestützt. Sicher steigt die Zahl von Einzelnen oder Gruppen, die Selbstbeschränkung praktizieren und für sie werben. Ich kann aber nicht sehen, dass sie über die von Jürgen Wittpoth eingegrenzten Bereitwilligkeits-Kohorten weit hinausreichen.<sup>33</sup>

### Verordnete Nachhaltigkeit

Die wichtigen Entscheidungen zur Zukunftsfähigkeit können in dieser Gesellschaft von unten vorbereitet werden, sie werden aber die ganze Gesellschaft nur erreichen, wenn sie politisch durchgesetzt werden. So führt aller Voraussicht nach nichts an einer verordneten Nachhaltigkeit vorbei. Erst durch entschlossenes

politisches Handeln werden sich nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren durchsetzen lassen. Das bedeutet: Es werden Gesetze und Verordnungen den Raum abstecken, innerhalb dessen Freiheit herrschen kann. Es wird ein bestimmtes Verhalten mit Anreizen ermutigt und anderes mit Belastungen entmutigt werden. Es werden Steuern und Abgaben erhöht und Vergünstigungen beendet werden.

Dass sich die politischen Instanzen zum Handeln entschließt, dazu wird die organisierte Zivilgesellschaft Entscheidendes beitragen. In ihr sammeln sich die Akteure und die Kräfte, die den notwendigen Wandel vorantreiben. Und erst gebündelte Kräfte schaffen in der Öffentlichkeit ein Klima und einen Druck, die handelnden Politikern erlauben darauf aufzubauen. Die Abkehr von der Atomenergie ist dafür ein Beispiel. Die Regierung *konnte* sie nur beenden, weil in einem anhaltenden Prozess die Atomkritiker die Alternativen durchdachten, sich zusammenschlossen und eine öffentliche Diskussion erzwangen mit dem Ergebnis, dass für den Atomstrom keine Mehrheiten mehr zu gewinnen waren. Und die Regierung *musste* die Atomenergie beenden, wenn sie nach der Katastrophe von Fukushima die Aussicht auf Wiederwahl behalten wollte.

Ähnliches gilt für den Wandel zu nachhaltiger Wirtschaft und nachhaltigem Lebensstil im Ganzen. Aufbrüche in der Gesellschaft und staatliches Handeln werden, wenn es gut geht, zusammenwirken, und zwar in einer wechselseitigen Beziehung. Ohne die Bereitschaft eines aktiven Teils der Bevölkerung, die zu verordnenden Begrenzungen mitzutragen, werden die staatlichen Autoritäten kaum eingreifende Maßnahmen durchsetzen wollen und auch können. Umgekehrt werden erst für alle geltende Anordnungen in einem großen Teil der Bevölkerung die Bereitschaft erzeugen, sich ihnen zu fügen. Der Prozess mag dann verlaufen wie in dem Goetheschen Gedicht „Der Fischer“: Halb zog sie ihn, halb sank er hin. Halb werden Bürgerin-

<sup>33</sup> siehe oben S. 24

nen und Bürger ihren Ahnungen und Einsichten folgen und eigene Bereitwilligkeit zum Wandel zeigen, halb werden die ihnen auferlegten Begrenzungen sie auch innerlich bereitmachen, ihre Lebensweise zu ändern.

### **Geht das in einer Demokratie?**

Die Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft in die Durchsetzung der Nachhaltigkeit ist die eine Aufgabe, in Teilen durchaus schon in Angriff genommen. Die andere, deutlich schwierigere Aufgabe ist die Mobilisierung der passiven, nur auf ihr persönliches Leben ausgerichteten Bevölkerung für den Wandel der Lebensweise und die Erarbeitung der öffentlichen Aufgaben. Hier gibt es verheißungsvolle Ansätze, angefangen von den Planungszellen Peter Dienels über die Zukunftswerkstätten Robert Jungks und Norbert Müllerts bis zu den im Gutachten des WBGU besprochenen Loskammern.<sup>34</sup> In jedem Fall geht es darum, durch Zufallsauswahl die bis dato unabgerufene Aufmerksamkeit, den ungenutzten Sachverstand, die innovative Intelligenz durchschnittlicher Bürger für die jeweilige Aufgabe zu gewinnen – mit ganz erstaunlichen Ergebnissen auch für die Lösung schwerer Konflikte. In solchen Verfahren liegt auch schon eine Teilantwort auf die bohrende Frage, ob denn Demokratien mit ihren kurzen Wahlperioden überhaupt Entscheidungen zulassen, die langfristiges Denken und Handeln erfordern. Die Antwort heißt: ja. Nur Demokratien machen einen öffentlichen Diskurs möglich, in dem in einem konstruktivem Streit Entscheidungen reifen können, denen sich dann große Mehrheiten nicht nur beugen, sondern die sie sich zu eigen machen. Und diese offene Diskussion in den Medien und unter den Bürgerinnen und Bürgern wie auch die kämpferische Mitwirkung der Zivilgesellschaft werden es dann den handelnden Politikern ermöglichen, die lähmende Ambivalenz zwischen Einsicht und Mehrheitsbeschaffung aufzugeben und mutige Lösungen voranzubringen.

Es bleibt die Frage: Wann wird das sein? Wann werden sich Parteien, Parlamente und Regierungen auf die harten Fragen der Nachhaltigkeit einlassen können? Wann werden sie auf genug Einsicht der Bürgerinnen und Bürger setzen können, um auch Notwendiges aber Unerwünschtes durchzusetzen? Wie viel kann eine Regierung den Wählerinnen und Wählern zumuten, ohne ihre Wiederwahl zu gefährden? Diese Unsicherheiten sind gegenwärtig kaum zu klären; sie werden sich aber in dem Maße verringern, in dem die klimatischen und sozialen Belastungen selbst nach eingreifenden Maßnahmen rufen.

<sup>34</sup> Dienel 1978; Jungk/Müllert 1981 auch mit sich selbst meldenden Teilnehmern; WBGU 2011, 229 ff.)

## 5 Schluss

Es ist nur zu verständlich, dass die Hoffnung auf Wirtschaftswachstum und seine Problem lösende Kraft so andauernd und so insistierend ist. Denn vor den früh industrialisierten Ländern liegen gewaltige Aufgaben, und Wirtschaftswachstum verspricht die schonendsten Lösungen. Nur: Auf den Anstieg des Bruttoinlandproduktes ist kein Verlass mehr und ebenso wenig darauf, dass sich mit seiner Hilfe die sozialen Probleme bewältigen lassen. Wirtschaftswachstum kann weder befriedigende Arbeit für alle Arbeitswilligen schaffen, noch Schutz in Krankheit und Fürsorge im Alter bieten, noch den Ausgleich zwischen Reich und Arm ermöglichen. Dafür werden wir neue Wirtschaftsweisen, neue Lebens- und Arbeitsformen entwickeln müssen. Ansätze dazu liegen vor.<sup>35</sup>

Der Übergang zur Nachhaltigkeit wird ein Miteinander von Einsicht und von Zwang sein. (Marina Fischer-Kowalski) Die Einsicht wird den Zwang erträglich machen, der Zwang wird die Einsicht fördern. Einmal wird das staatliche Handeln in der Bevölkerung Akzeptanz bewirken, ein anderes Mal wird die Einsicht der Bevölkerung die Politik zum Handeln treiben.

Ich höre den Einwand: Ohne eine Verheißung, ohne ein leuchtendes Ziel wird es nicht gehen. Die Nachhaltigkeit nur auf ihre Unausweichlichkeit zu gründen das ist zu wenig. Niemanden wird das zum Aufbruch bewegen. Stimmt das? Sind nur mit einer neuen Vision Menschen zu bewegen, ihr Leben umzustellen? Ist nur eine befriedete Gesellschaft bereit sich zu ändern? Ich denke nicht. All dies ist hoch wünschenswert, aber nicht die Bedingung einer nachhaltigen Gesellschaft. Wenn, wie zu erwarten ist, die Probleme sich verdichten, wenn die Anforderungen an das Leben steigen, dann wird anderes gefragt sein als Visionen, nämlich Ausdauer, Besonnenheit, Widerstandsfähigkeit, also das, was das treffende englische Wort Resilience meint und was das Lexikon mit Unverwüstlichkeit übersetzt.

Mit ihr wird neben dem Schweren auch Schönes zu entdecken sein, vor allem das, was nur Menschen einander geben können.

In diesem Text habe ich Überlegungen dazu vorgetragen, wie eine Gesellschaft Zukunftsfähigkeit lernen kann – wenn es gut geht. Gesichert ist nichts davon; aber es lohnt sich dafür zu arbeiten.

<sup>35</sup> BUND 2008; Seidl/Zahrnt 2010

## Literatur

- Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010), Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht. München: oekom
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) u.a. (Hg.) (2008), Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Frankfurt/Main: Fischer
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2009), GreenTech made in Germany 2.0. München: Vahlen
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2011), Umweltwirtschaftsbericht 2011. Daten und Fakten für Deutschland.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2011), Gemeingüter. Aus Politik und Zeitgeschichte 28 – 30 /2011. Bonn
- Dahm, Daniel / Scherhorn, Gerhard (2008), Urbane Subsistenz. Die zweite Quelle des Wohlstands. München: oekom
- Economic Degrowth for Sustainability and Equity (2009), <http://www.degrowth.net/Economic-Degrowth-for>
- Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung (2011), Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- Fücks, Ralf (2011), Das Wachstum der Grenzen. Vom Weg in die ökologische Moderne nach dem Vorbild der Natur. In: böllthema, Ausgabe 2/2011, 4-6.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2010), Der Gemeingüterreport: Wohlstand durch Teilen. Berlin: Böll
- Helfrich, Silke und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2009), Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. München: oekom
- Jaeger, Carlo u.a. (2011a), A New Growth Path for Europe. Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy. Synthesis Report. Potsdam: European Climate Forum
- Jaeger, Carlo (2011b), Wachstum – wohin? Eine kurze Geschichte des 20. Jahrhunderts. München: oekom
- Jänicke, Martin (2011), „Green Growth“. Vom Wachstum der Öko-Industrie zum nachhaltigen Wirtschaften. FFU-Report 06-2011. Forschungszentrum für Umweltpolitik Freie Universität Berlin
- Kristof, Kora (2010a), Models of Change. Einführung und Verbreitung sozialer Innovationen und gesellschaftlicher Veränderungen in transdisziplinärer Perspektive. Zürich: vdf
- Kristof, Kora (2010b), Wege zum Wandel. Wie wir gesellschaftliche Veränderungen erfolgreicher gestalten können. München: oekom
- Kuckartz, Udo (2010), Nicht hier, nicht jetzt, nicht ich – Über die symbolische Bearbeitung eines ernstesten Problems. In: Welzer, Harald u.a. (Hg.), Klimakulturen. Frankfurt/Main: Campus, 144 – 160.
- Latouche, Serge (2004), Degrowth Economics: Why less should be so much more. Le Monde Diplomatique.
- Linz, Manfred / Scherhorn, Gerhard (2011), Für eine Politik der Energie-Suffizienz. Impulse zur WachstumsWende. Wuppertal Institut
- Liste der Szenarien in Impuls Energiesuffizienz. Dazu noch European Climate Foundation and others (2011), Power Perspectives 2030. On the road to a decarbonised power sector.
- Loske, Reinhard (2010), Abschied vom Wachstumszwang. Konturen einer Politik der Mäßigung. Rangsdorf: Basilisken-Press
- Paech, Niko (2012), Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie.
- Ostrom, Elinor (1999), Die Verfassung der Allmende. Tübingen: Mohr Siebeck
- Ostrom, Elinor (2011), Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. München: oekom
- Otto Group Trendstudie 2011, Verbrauchervertrauen. Auf dem Weg zu einer neuen Wertekultur. Hamburg
- Reusswig, Fritz (1994), Die Gesellschaft der Lebensstile: In: Politische Ökologie Spezial, Sept./Okt. 1994: 6–9
- Santarius, Tilman (2012), Der Rebound-Effekt. Zur Logik eines Paradoxes. (In Vorbereitung)

- Reusswig, Fritz (1994), Die Gesellschaft der Lebensstile. Politische Ökologie Spezial Sept./Okt., 6–9
- Seidl, Irmi / Zahrnt, Angelika (Hg.) (2010) Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis
- Stengel, Oliver (2011), Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise. München: oekom
- Stern, Nicholas (2009), The Global Deal: Wie wir dem Klimawandel begegnen und ein neues Zeitalter von Wachstum und Wohlstand schaffen. München: Beck
- Tönnies, Ferdinand (1922, 2006), Kritik der öffentlichen Meinung. Saarbrücken: VDM
- Trainer, Ted (2007), Renewable Energy Cannot Sustain a Consumer Society. Dordrecht: Springer
- Welzer, Harald (2011), Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Schriften zur Ökologie Band 14. Berlin: Heinrich Böll Stiftung
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2002), Entgelte für die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter. Berlin
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2006): Die Zukunft der Meere – zu warm, zu hoch, zu sauer. Berlin
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011), Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin
- Wittpoth, Jürgen (1995), Ökologische Verantwortung. Ein Lernziel der Erwachsenenbildung? In: Bildung und Erziehung, 48. Jg., Heft 1, 111–122

## Kontakt

Dr. Manfred Linz  
[manfred.linz@wupperinst.org](mailto:manfred.linz@wupperinst.org)

Büro Berlin:  
ProjektZentrum Berlin  
der Stiftung Mercator  
Neue Promenade 6  
10178 Berlin

## Wuppertal Institut

Döppersberg 19  
42103 Wuppertal  
Postfach 100480  
42004 Wuppertal  
[info@wupperinst.org](mailto:info@wupperinst.org)  
[www.wupperinst.org](http://www.wupperinst.org)



**Wuppertal Institut**  
für Klima, Umwelt, Energie  
GmbH